

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe

# DES INTERNATIONALEN INSTITUTES FÜR LIBERALE POLITIK WIEN

Vorwort	2
<i>Kampf der Kulturen? Europa und der Islam</i>	
<b>ELSAYED ELSHAHED</b> Zwischen Menschenrechten und Menschenwürde Einige Gedanken zur Rezeptionsproblematik der Meinungsfreiheit	3
<b>HANS WINKLER</b> Toleranz ist keine Einbahnstraße	12
<b>HERBERT SCHEIBNER</b> Ist ein „Kampf der Kulturen“ vermeidbar?	15
<b>ERICH REITER</b> Integration und/oder Kulturkampf	19
<i>Kinder und Gewalt: Opfer und Täter</i>	
<b>HERBERT SCHEIBNER</b> „Kinder und Gewalt: Opfer und Täter“	23
<b>KATHARINA BECLIN</b> Erfordert die Entwicklung der Kriminalität Unmündiger neue Antworten?	26
<b>KARIN GASTINGER</b> Ein politisches Statement zum Thema Kinder und Gewalt	34
<b>GABRIELE ZIERUNG</b> Kinder und Gewalt: Opfer und Täter	36
<b>ASTRID V. FRIESEN</b> „Kinder und Gewalt. Opfer und Täter“, Tagung des Internationalen Institutes für Liberale Politik Wien und des Freiheitlichen Parlamentsklubs am 30.5.2006	37
Die Autoren dieses Heftes	44
Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe – bisher erschienen	47



Internationales Institut  
Liberale Politik Wien

# Vorwort

Dieses Heft bringt zwei verschiedene Themenbereiche die in deinem Zusammenhang stehen, sondern aus Platzgründen hier zusammengefasst sind.

Der so genannte Karikaturenstreit, also die vielfältigen und auch gewaltsamen Reaktionen in der islamischen Welt auf Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung, waren Anlass für die Tagung unseres Institutes am 28. März 2006 mit der Thematik „Kampf der Kulturen? Europa und der Islam“. An dieser Tagung nahmen außer den Autoren der hier abgedruckten Texte auch

noch Anas Schakfeh, Präsident der islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich teil.

„Kinder und Gewalt“, „Opfer und Täter“ war das Thema einer Tagung am 30. Mai 2006. Es ging um das Jugendstrafrecht, aber auch um die Ursachen der Jugendkriminalität. Außer den Autoren nahmen auch noch der Polizei-Kriminalist Oberleutnant Robert Klug an der Tagung teil.

Der Herausgeber

## Impressum

Eigentümer und Verleger:  
Internationales Institut für liberale Politik Wien

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:  
Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter

Alle:  
1010 Wien, Fleischmarkt 18/15  
Wien, Juli 2006

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich.

Die sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für politische Grundlagenforschung 1983 gegründet und 1988 eingestellt. Sie wird nun vom Internationalen Institut für liberale Politik Wien weitergeführt.

# *KAMPF DER KULTUREN? EUROPA UND DER ISLAM*

*Elsayed Elshahed*

## ZWISCHEN MENSCHENRECHTEN UND MENSCHENWÜRDE

### Einige Gedanken zur Rezeptionsproblematik der Meinungsfreiheit

#### Philosophie der Geschichte:

Der große deutsche Philosoph Georg Friedrich Wilhelm Hegel sagte bereits im 19. Jahrhundert: „Die Geschichte lehrt uns, dass wir von der Geschichte nichts gelernt haben“. Diese Feststellung des großen Denkers ist heute nicht nur aktuell, sondern sie beweist ebenso eindeutig, wie realitätsnah er war. Damit ist er der Vater des deutschen Realismus und nicht des Idealismus, wie einige Philosophiehistoriker ihn sehen wollten.

Menschen, die die derzeitigen Ereignisse einäugig lesen und dokumentieren, sind die Manipulierer und Verfälscher der Gegenwartsgeschichte für die kommenden Generationen, die dann von unserer Geschichte ebenso wenig wie wir lernen können. Das ist der Teufelskreis, in dem die Menschen ständig herum irren und von der Vergangenheit keine Lektionen für die Gegenwart entnehmen können oder wollen, um dann nachhaltige Konzepte für eine friedensvolle Zukunft entwerfen zu können.

Vor einigen Wochen hätten wir über dieses Thema „Die Rezeptionsproblematik der Meinungsfreiheit“ nicht emotionsfrei sprechen können, dazu waren die Emotionen auf beiden Seiten zu sehr gereizt.

Im gegenwärtigen Diskurs stellt kein Beteiligter das individuelle Recht auf freie Meinungsäußerung infrage, wie es einige Diskutanten wahrhaben wollen. Vielmehr geht es in der heutigen Debatte um die existentielle Frage, ob es überhaupt eine uneingeschränkte Freiheit gibt beziehungsweise geben kann. Mit anderen Worten; kann es in einer zivilisierten Gesellschaft Rechte ohne Pflichten und Handlung ohne Verantwortung geben?

Weiters geht es um die Frage, ob die Menschenrechtserklärung kulturelle, ethnische oder sonstige Grenzen haben darf, will sie ihren universellen Charakter beibehalten.

Und schließlich stellt sich die Frage, ob Menschenrechtserklärungen nicht daran gemessen werden sollten, wieweit sie zur Menschenwürde beitragen können.

Der allergrößte Teil des gesellschaftlichen Lebens wird bekanntlich nicht durch Gesetze, sondern vielmehr durch sozialetische Werte und Normen geregelt. Jede Handlung müsste also auf ihre Konformität nicht nur mit den geltenden Gesetzen, sondern mindestens ebenso gut mit sozialetischen Werten und Normen geprüft und dementsprechend bewertet werden.

In einer multikulturellen Welt darf kein Kulturkreis die eigenen Wertvorstellungen einem anderen Kulturkreis aufzwingen wollen, und dies gilt insbesondere für religiöse Wertvorstellungen. Dies dennoch bewusst zu versuchen, wäre ein Ausdruck eines kulturellen Egozentrismus, sprich: Kulturalismus, und ein Verrat an die eigenen Werte sowie die internationalen Menschenrechtsprinzipien.

Im Kern der Säkularität sind Respekt und Gleichbehandlung aller Glaubensgemeinschaften und Kulturkreise verankert. Wenn also einem bestimmten Kulturkreis in einer säkularen Gesellschaft ein gesonderter Schutz gewährt würde, würde das gesamte säkulare Konzept seine Glaubwürdigkeit verlieren. Eine pauschale Verbindung zwischen Säkularität und Fortschritt ist genauso wenig evident wie eine pauschale Verbindung zwischen Religiosität und Rückständigkeit.

Was im westlichen Bewusstsein anscheinend immer noch nicht ausreichend wahrgenommen wurde, ist die Tatsache, dass der Islam für die überwiegende Mehrheit der Muslime nicht nur eine religiöse, sondern auch eine Art „Gemeinschafts- Identität“ darstellt.

Der arabische Begriff „Umma = Glaubensgemeinschaft“ spielt dabei eine zentrale Rolle. Nicht das Individuum, sondern die Gemeinschaft hat Priorität. Im Falle, dass das individuelle Interesse mit dem Gemeinschaftsinteresse kollidieren sollte, muss sich das individuelle Interesse dem Gemeinschaftsinteresse beugen. Muslime im Westen betrachten diese Einstellung als eine glaubensgemeinschaftsinterne Angelegenheit, die die geltenden Werte der Mehrheitsgesellschaft nicht beeinträchtigen darf.

## **Recht und Pflicht = Ethik und Verantwortung:**

Die Menschenrechtserklärung von 1948 steht im Zentrum des westlichen Diskurses seit der französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts und brauchte mehr als 1 \_ Jahrhunderte bis zu ihrer von blutigen Wehen eingeleiteten Geburt. Sie hat zudem ihre vollständige Reife nach knapp sechzig Jahren seit ihrer Ratifizierung noch nicht erreicht. Ihre Mündigkeit wird sie vollständig erst erreichen, wenn sie den Schritt von der bloßen Manifestation zur uneingeschränkten Realisation vollzogen hat. Mit anderen Worten: bis sie im politischen und gesellschaftlichen Alltag im vollen Maße und ohne jedwede Manipulation oder Selektion als Selbstverständlichkeit gelten wird.

Ohne die Wertschätzung der Menschenrechtserklärung in irgendeiner Weise in Zweifel ziehen zu wollen, legt man im orientalischen Diskurs mehr Wert auf „Menschenwürde“ als auf bloße „Menschenrechte“. Nach orientalischem Verständnis impliziert die Menschenwürde die Menschenrechte und erweitert sie zusätzlich um eine „ethische“ Dimension. Würde man eine „Menschenwürdeerklärung“ zusätzlich zur oder gar anstelle der vorhandenen Menschenrechtserklärung schaffen, so würde eine Handlung nicht mehr exklusiv danach beurteilt, ob sie rechtmäßig ist oder nicht, sondern eher danach, ob sie ethisch vertretbar ist oder nicht.

So sehr Recht und Ethik einander ergänzen können, haben sie dennoch unterschiedliche Quellen. Beim Recht

wird dem „Verstand“, bei der Ethik hingegen die „Emotion“ größte Priorität eingeräumt.

Am Beispiel der Wechselwirkung zwischen der griechischen Philosophie einerseits und der orientalischen Philosophie andererseits, aus welcher die hellenistische Philosophie entstanden ist, wird der Unterschied zwischen der hellenistischen Philosophie und der alten griechischen Philosophie ersichtlich. Dieser Unterschied liegt im Wesentlichen darin, dass die hellenistische Philosophie die klassische okzidentale Philosophie um die emotionale Dimension des Orients erweitert hat. Daraus könnte man folgern, dass der Westen viel orientalischer ist, als ihm dies bewusst ist. Und im gleichen Maße ist der Orient viel westlicher als ihm dies bewusst ist.

Der emotionale Einfluss des Orients auf die europäische Philosophie ging durch den Transfer der islamischen Philosophie im Mittelalter weiter und blieb bis zur Aufklärung im 18. Jahrhundert unangefochten; diese musste ihren Platz dann an die „Ratio“ endgültig abtreten. Auch die „Kritik der reinen Vernunft“ von Immanuel Kant vermochte nicht an dieser geistigen Entwicklung etwas zu ändern.

Zur Recht-Ethik-Problematik ist die Erklärung zum Weltethos vom Parlament der Weltreligionen, 1993 in Chicago, in deren Entstehungsphase ich durch ihren Initiator Hans Küng Anfang der 90er Jahre involviert war, ein Meilenstein auf dem richtigen Weg. Darin wird, Gott sei gedankt, von der ethischen Grundlage der menschlichen Handlungen wieder laut gesprochen (Siehe. E. Elshahed: „Erklärung zum Weltethos... im Islam. Blickfeld“ in: „Religionen im Gespräch (RIG), Bd. 4, Balve, 1996, S. 338ff.).

Unübersehbar ist ebenfalls der Aufbruch der religiösen Identität nicht nur unter Muslimen, sondern ebenso gut unter fast allen Religionsgemeinschaften auf der ganzen Welt. Diese Entwicklung leitet bereits jetzt den Aufbruch der Postmoderne ein, in welcher die religiösen Gefühle sich nach langer Vernachlässigung – um nicht von Verachtung zu sprechen – rehabilitieren werden.

Die Geschichte zeigt uns durch viele Beispiele, dass die Religion in allen Religionsgemeinschaften manipuliert und als Vorwand für eigene Machtinteressen missbraucht wurde. Viele grausame kriegerische Auseinandersetzungen waren die Folgen, die in Europa zu tota-

ler Säkularisation führten. Und so wurde der Missbrauch einer Religion zum größten Feind derselben.

Die Säkularisation vermochte dennoch genauso wenig Kriege mit noch verheerenderen Folgen zu verhindern. Die Postmoderne wird höchst wahrscheinlich versuchen, aus der Geschichte zu lernen und ausgewogene Wechselwirkungen zwischen Politik und Religion beziehungsweise Vernunft und Emotion wiederherzustellen.

Die Vernunft wird neben sich einen Platz für die Emotion freihalten müssen, um mit ihr möglichst in Harmonie effizienter agieren zu können. Dabei wird die Vernunft die Emotion zügeln und die Emotion ihrerseits wird die Vernunft wiederum menschlicher gestalten.

## **Muhammad-Karikatur, Verspätete Reaktion der Muslime?**

In den Massenmedien wurde immer wieder mit Erstaunen gefragt, warum die Muslime mit ihrer Reaktion auf die umstrittenen Karikaturen des Propheten Muhammad etwa vier Monate gewartet haben. Man will in den islamischen Ländern innenpolitische Motive finden, um von dem eigentlichen Grund für die Eskalation abzulenken, das heißt nach dem Prinzip, fiktive Schuldige zu kreieren, um sich selbst aus der Verantwortung zu stehlen. Die Wirklichkeit zeigt allen Menschen, die die Entwicklung dieses Problem verfolgt haben, dass die Muslime während der vorangehenden vier Monate alle friedlichen Mittel, wie friedliche Demonstrationen, rechtliche Anklagen gegen die betroffene Zeitung, diplomatische Vermittlungen und klare Warnbriefe durch Regierungen einiger islamischen Ländern vor möglichen Eskalationen, ausgeschöpft haben.

Die Muslime in Dänemark demonstrierten, wie oben erwähnt fünf Tage nach der Veröffentlichung der umstrittenen Karikaturen friedlich in Kopenhagen und versuchten vor dem Rathaus vergeblich, die Verantwortlichen in der Redaktion sowie die Politiker zu einer Wiedergutmachung zu bewegen. Sie wurden von den Politikern und der Zeitungsredaktion total ignoriert, daraufhin reichten sie eine Klage gegen die Zeitungsredaktion ein, ihre Klage wurde kurzerhand abgewiesen. Die verzweifelten Protestierenden riefen dann die diplomatischen Vertretungen der islamischen Länder auf den Plan. Auch die Bemühungen der Botschaften von elf islamischen Ländern in Kopenhagen kamen zu

keinem Ergebnis. Die ägyptische Regierung richtete einen Brief an den Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen, der ausdrücklich vor einer möglichen Eskalation warnte und einen Dialog anregte. Auf diesen Brief sowie auf ähnliche Briefe von verschiedenen islamischen diplomatischen Vertretungen war nach Aussage der dänischen Opposition „weder reagiert noch – wie es verfassungsmäßige Pflicht gewesen wäre – das Parlament informiert worden“ (taz, 21. 2. 06). Inzwischen wurden dieselben Karikaturen auch in Norwegen und später in Frankreich veröffentlicht. Nachdem alle legalen Protestmöglichkeiten ergebnislos ausgeschöpft waren, wurden die religiösen sowie die politischen Autoritäten in den islamischen Ländern um Beistand gebeten. Einige Oppositionszeitungen in diesen Ländern veröffentlichten dieses Thema, was zu Massenprotesten und später zur Eskalation führte.

Der Vorwurf, die Muslime würden auf Provokationen im Gegensatz zu den Europäern emotional reagieren, übersieht bewusst die Tatsache, dass die Muslime gerade in Bezug auf die Karikaturenstreit, wie die obige Ausführung zeigt, alle Schlichtungsmöglichkeiten erfolglos ausgeschöpft haben.

Darauf folgte eine diplomatische, politische und wirtschaftliche Missstimmung zwischen den agierenden islamischen Ländern einerseits und einigen europäischen Ländern andererseits und sorgten für eine vergiftete Stimmung in der Weltpolitik. Die Bevölkerung in den jeweiligen Lagern war höchst sensibilisiert und die Lage war äußerst explosiv. Dass Ähnliches mit christlichen Symbolen (Jesusbilder) in der Vergangenheit stattfand, angeblich ohne vergleichbare Reaktionen unter gläubigen Christen hervorzurufen, betrachten die Muslime als alleinige Angelegenheit der Christen und nicht als Verpflichtung zu einem ähnlichen Verhalten ihrerseits. Auch wenn dies angeblich kein Fall der Rechtssprechung in Europa sein sollte, so sollte es wenigstens ein elementarer Teil des Anstandes und Respekts gegenüber Andersgläubigen in einer zivilisierten Gesellschaft sein. Zumal das Recht auf freie Meinungsäußerung in Europa bereits durch das Antisemitismusgesetz mit Recht eingeschränkt ist, und diese Einschränkung hat bis jetzt gute Wirkung gezeigt. Alle drei monotheistischen Religionen, Judentum, Christentum und Islam, sind semitische Religionen und daher sollten ihre Symbole durch das bereitstehende Antisemitismusgesetz gleichermaßen geschützt werden,

will man dieses Gesetz nicht manipulieren und selektiv gelten lassen.

Erst als die wirtschaftlichen Konsequenzen, hervorgerufen durch den Boykott dänischer und norwegischer Waren, Wirkung zeigten und die Gewalt gegen deren diplomatischen Vertretungen eskalierte, distanzierten sich führende Politiker Dänemarks und Norwegens sowie die dänische Zeitungsredaktion von diesem Vorfall und unterstrichen verbal den Respekt gegenüber allen Religionen. Die inzwischen eskalierten Protestaktionen ausschließlich und voreilig als ein Werk einiger fanatischen Muslimen zu betrachten oder lediglich auf innenpolitische Ambitionen zurückzuführen, wäre eine bequeme und höchst unplausible Erklärung, die deutlich zeigt, dass auch der Westen immer noch große Probleme mit der Wahrnehmung des Anderen als solchen hat.

Die Debatte in den Massenmedien und in der Politik verfehlte ihr eigentliches Ziel und wurde ad absurdum geführt. Da ging es nicht, wie es sein sollte, um die Frage, wie man auf der einen Seite die Pressefreiheit garantiert und auf der anderen Seite den Missbrauch derselben verhindern kann. Stattdessen verausgabte man sich in der Diskussion darüber, welche extremistischen Organisationen und internen machtpolitischen Interessen in manchen islamischen Ländern hinter dieser Eskalation stecken könnten. Die protestierenden Muslime wurden kurzerhand pauschal als demokratisch unreif und säkularitätfeindlich dargestellt, vielleicht um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der eigenen Wertvorstellung und dem eigenen Selbstverständnis zu vermeiden.

Die Frage, ob diese Verfehlung bewusst oder unbewusst gesteuert ist, bleibt dahin gestellt.

Jüdische religiöse Symbole wurden in Europa während des deutschen Dritten Reichs verunglimpft, die weitere Entwicklung ist jedem bekannt. Muss erst eine ähnliche Apokalypse passieren, um dann darauf hastig zu reagieren, statt die Vorzeichen einer katastrophalen Entwicklung frühzeitig zu erkennen, wahrzunehmen und deren Eskalation entgegenzuwirken?

Die bereits vorhandenen entsprechenden Strafgesetze in einigen europäischen Ländern könnten international kodifiziert und von der UNO verabschiedet werden. In jeder Religion gibt es heilige unantastbare Symbole, und diese gilt es zu beschützen. Ein solches Gesetz soll

ein elementarer Baustein sowohl des kollektiven als auch des individuellen Religionsfreiheitsverständnisses sein und wäre der beste Garant für einen sozialen und kulturellen Frieden in einer multikulturellen Gesellschaft.

Die Beschimpfung religiöser Symbole stellt bereits in großen Teilen Europas eine Straftat dar. So heißt es zum Beispiel im deutschen Strafgesetzbuch (StGB), § 166, Abschnitt 11, Abs. 3 – 4: (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen): „Wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11, Abs.3) eine im Inland bestehende Kirche oder andere Religionsgemeinschaft oder Weltanschauungsvereinigung, ihre Einrichtungen oder Gebräuche in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören“.

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU versuchte in der vorletzten Legislaturperiode, dieses Gesetz noch zu verschärfen. Danach soll die Beschimpfung von Glaubensbekenntnissen unabhängig von einer möglichen Beeinträchtigung des öffentlichen Friedens als eine strafbare Tat gelten. Dieselbe Fraktion hat heute am wenigsten Verständnis für die Empörung der Muslimen über die umstrittene Muhammad-Karikatur. Wie könnte man dieses eigenartige Verhalten anders als einen Akt des Kulturalismus verstehen?

Auch in Dänemark soll es nach einem Fernseh-Interview mit einem dänischen Politiker am 1. Februar 2006 bei einem Nachrichtensender ein solches Gesetz geben, das aber bis jetzt nie angewandt wurde. Auch der UNO-Generalsekretär Kofi Annan erklärte, dass das Recht auf Meinungsfreiheit die Beleidigung einer Religionsgemeinschaft nicht rechtfertige. Er kündigte eine baldige Diskussion in der UNO über einen Ethik-Codex als Zusatz zur UNO- Menschenrechtserklärung an.

Die Berufung auf das Recht auf freie Meinungsäußerung wirkt um so unglaublicher, als dieselbe dänische Zeitung, nach APA/Reuters, am 9. April 2003 die Veröffentlichung einiger Karikaturen des Künstlers Christoffer Zieler, in denen Jesus verunglimpft wird,

mit der Begründung abgelehnt hat, dies könnte Unruhe hervorrufen. Der Chefredakteur der Kulturabteilung derselben Zeitung verlangt heute nichtsdestotrotz von den Muslimen, dass sie Verunglimpfung und Spott über ihren Propheten akzeptieren müssen, wörtlich, nach ENAR – Dänemark, (the Muslims): „must be ready to accept scorn, spite and ridicule“.

Die Verunglimpfung christlicher oder jüdischer Religionssymbole würden Muslime genauso wenig akzeptieren, wie die ihres Propheten. Denn bei gläubigen Muslimen genießen bekanntlich die biblischen Propheten, vor allem Jesus und seine Jünger, hohen Respekt und Verehrung.

Dennoch: Vertritt jemand eine kulturalistische Weltanschauung, so ist dies sein gutes Recht. Nur soll man dies auch öffentlich zugeben und die Auseinandersetzung mit anderen Weltanschauungen nicht scheuen. Nicht richtig ist nur, wenn man einerseits „Interkulturalität“ in der Öffentlichkeit predigt und andererseits intern „monokulturalistische“ Ziele verfolgt.

## **Meinungsfreiheit und soziale Verantwortung, westliche Stimmen:**

Reagieren auch gläubige Christen ebenso sensibel, wenn ihre religiösen Gefühle verletzt werden?

Als Jesus 1988 in einem Kinofilm namens „Die letzte Versuchung Christi“ als ein Mensch voller sexueller Begierden dargestellt wurde, steckten wütende Katholiken ein Kino in Brand. Dabei wurden 13 Menschen schwer verletzt. Ein österreichischer Karikaturist wurde im vergangenen Jahr wegen seiner Jesus-Darstellungen in Griechenland zuerst verurteilt und dann in einer späteren Instanz freigesprochen. In Deutschland wurde auf Plakaten eines Modehauses Jesus umringt von halbnackten Models dargestellt. Das Plakat musste entfernt werden. Auch in Frankreich ließ ein Modehaus Plakate von Jesus mit zwölf weiblichen Models, in Anspielung auf die zwölf Apostel, von denen eine Frau Jesus darstellte, und einen Apostel mit nacktem Rücken zeichnen. Die katholische Kirche verklagte das betroffene Modehaus und gewann den Prozess.

Die so genannte „Inter-Action“ früherer Staats- und Regierungschefs unter der Leitung des deutschen Altbundeskanzlers Helmut Schmidt hat sich, nach einem KNA-Interview mit Hans Küng am 7. Februar 2006, schon vor längerer Zeit auf eine allgemeine „Erklärung

der Menschenpflichten“ geeinigt, welche die allgemeine Menschenrechtserklärung unterstützen sollte. Der Artikel 14 in dieser Erklärung lautet folgendermaßen: „Die Freiheit der Medien bringt eine besondere Verantwortung für genaue und wahrheitsgemäße Berichterstattung mit sich. Sensationsberichte, welche die menschliche Person oder die Würde erniedrigen, müssen stets vermieden werden.“ „Das heißt: Wenn schon nicht erlaubt ist, einzelne Individuen zu diffamieren und in ihrer Würde zu verletzen, dann sollte man auch mit den religiösen Leitfiguren der Menschheit in den Medien taktvoll umgehen, ob das nun der Prophet Muhammad oder Jesus Christus ist. Uneinsichtige Verteidiger einer schrankenlosen Pressfreiheit schaden dieser Freiheit selbst und rufen dann inadäquate Reaktionen hervor.“ Die internationalen Presseverbände haben diese Erklärung wegen dieser Artikel abgelehnt.

Hans Küng führt die Eskalation in einem KNA-Interview am 7. Februar 2006 auf die „Fehleinschätzung der Lage durch den dänischen Ministerpräsidenten zurück“. Er sagt: „Der dänische Ministerpräsident Rasmussen hat in totaler Fehleinschätzung der Lage mehrere Chancen zum Dialog verpasst:

1. Schon am 5. Oktober 2005 hat er die Großdemonstration bisher nicht demonstrierfreudiger dänischer Muslime vor dem Rathaus von Kopenhagen ignoriert.
2. Er hat die Bitte der Botschafter von elf muslimischen Nationen um ein Gespräch brüsk zurückgewiesen.
3. Er hat die darauf folgende Reise führender dänischer Muslime mit dem Imam von Kopenhagen nach Kairo, um Hilfe bei ihren Glaubensgenossen zu erlangen, in ihrer Brisanz nicht durchschaut, obwohl so Kunde von der Beleidigung des Propheten in die gesamte islamische Welt getragen wurde.
4. Selbst angesichts erster Zornausbrüche in islamischen Ländern hat er aus rein formalen Gründen eine klare Entschuldigung für eine bewusst geplante Provokation einer regierungsnahen Zeitung verweigert, welche in leichtsinniger Weise die Grenzen der Meinungsfreiheit testen wollte“

Über den Zusammenhang zwischen Meinungs- und Pressefreiheit einerseits und Presseverantwortung andererseits sagte Küng im selben Interview: „Selbstverständlich muss die verfassungsmäßig garantierte Mei-

nungs- und Pressefreiheit in jedem Fall hochgehalten werden. Aber Pressefreiheit schließt auch Presseverantwortung ein.“

In einem anderen Interview mit dem Bayerischen Rundfunk am selben Tag (7.2.2006) betont Küng die Zusammengehörigkeit von Pressefreiheit und Verantwortung folgendermaßen: „Die Pressefreiheit muss mit Verantwortung und Umsicht gebraucht werden. Da könnte die Presse viel tun“. Er sagt weiter: „Wenn eine Zeitung einen solchen Brand ausgelöst hat, dann hat der Ministerpräsident sich nicht hinter Formalien zu verstecken und darf nicht sagen: Ich kann mich nicht für eine Zeitung entschuldigen“

Auf die Frage: „Meinungsfreiheit versus Religionsfreiheit – ist das tatsächlich der Kern der Aufregung um die Mohammed-Karikatur?“, antwortete der deutsche Islamwissenschaftler von der Berliner Humboldt-Universität Peter Heine in einem Interview in der österreichischen katholischen Zeitung „Die Furche“ am 6. Februar 2006 folgendermaßen: „Die Sache ist viel komplexer, als man zuerst meint. Und das Ganze gehört auch in den Kontext der Globalisierung. Wir wissen, dass in Dänemark spätestens mit der Regierung Rasmussen eine, vorsichtig formuliert, unfreundliche Politik gegenüber den Muslimen betrieben wird, die sich auch auf die Öffentlichkeit auswirkt. Das ist natürlich den religiösen Führern in der islamischen Welt durchaus bekannt. So wird jetzt diese Karikatur zum Anlass genommen, darauf aufmerksam zu machen“.

Über Meinungsfreiheit und Zensur sagt die praktische Theologin an der Universität Wien Susanne Heine in der oben erwähnten Ausgabe der „Furche“: „Es ist undenkbar, dass Europa wieder eine staatliche Zensur einführt; so etwas können sich Leute vorstellen, die in Ländern ohne Meinungsfreiheit leben. Ende der Zensur heißt allerdings nicht Ende der Verantwortung. Ein Arzt wird gründlich gebildet, dann handelt er aus eigener Verantwortung, oder er kommt als Kurpfuscher vor Gericht. Den Kurpfuschern der dänischen Tageszeitung hat das Gericht ihr Handwerk nicht gelegt. Weder Journalisten noch Richter haben Verantwortung wahrgenommen, weil sie – es ist schmerzlich zu sagen – ungebildet sind“.

## Kampf der Kulturen?

Für die bereits eingetretene Eskalation Verständnis zu haben, bedeutet lediglich, dass man die Ursache dieser Entwicklung als zwar eine bedauerliche, aber dennoch logische Folgeerscheinung eines kollektiven und individuellen Fehlverhaltens der verantwortlichen Politiker in Dänemark nachvollziehen kann.

Dies als ein „Einverständnis“ oder gar als Bejahung desselben aufzufassen, wie ich es oft in verschiedenen Diskussionen erlebt habe, wäre genau so fatal, wie diese als eine Erscheinungsform des von Samuel Huntington prophezeiten und von einigen Intellektuellen propagierten „clash of civilizations“ anzusehen. Was wir aber jetzt erleben, ist eher ein „clash of un-civilizations“ beziehungsweise der Zusammenstoß zwischen einer unzivilisierten Provokation einerseits und einer unzivilisierten Reaktion einiger wütenden Demonstranten andererseits.

Hier liegt ein weiteres Beispiel der Verständigungsproblematik in den Bereichen der Rezeption und Kommunikation zwischen Orient und Okzident vor. Mit Rezeption meine ich, dass der Orient und der Okzident oft verschiedene Lesarten für die gleichen Ereignisse haben. Demnach bedeutet Kommunikation die Art und Weise, wie jeder der beiden Kulturkreise, ausgehend von seiner Lesart der Ereignisse, mit dem anderen umgeht. Auf diesem Gebiet haben beide Kulturkreise vieles nachzuholen.

Und der deutsche Literaturnobelpreisträger Günter Grass sagte in einem Interview mit der spanischen Zeitung „El Pais“, zitiert von der Berliner Tageszeitung „Die Welt“, 10. Februar 2006, S. 1, dazu: „Es war eine bewusste und geplante Provokation eines rechten dänischen Blattes (...) Sie haben aber weitergemacht, weil sie rechtsradikal und fremdenfeindlich sind.“ Von den gewalttätigen Reaktionen zeigte er sich nicht überrascht: „Es ist eine fundamentalistische Antwort auf eine fundamentalistische Aktion des Westens.“

Der Schweizer Theologe Hans Küng sagte im oben erwähnten Interview mit dem Bayerischen Rundfunk: „Kulturen führten keine Kämpfe. Aber eine falsche Politik kann diese These wahr machen, kann sie zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung machen.“

Verletzte religiöse Gefühle haben bekanntlich viele Glaubenskriege ausgelöst, nicht zuletzt innerhalb



Europas. Die Kreuzzüge zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert, die spanische Inquisition ab dem 15. Jahrhundert, der dreißigjährige Glaubenskrieg, Palästina, Balkan, Tschetschenien, Afghanistan, Irak sind negative Beispiele dafür mit verheerenden Folgen für die Menschheit. Die Frage bleibt also: Können wir uns weitere Ausuferungen derartiger Gewalt durch weitere Missachtung der religiösen Gefühle leisten?

Weitere Eskalationen könnten nur Fanatiker auf beiden Seiten in ihrer Position stärken und würden verzweifelte Fanatiker zur Selbstjustiz motivieren, wenn die religiösen Gefühle weder von der Politik noch von den internationalen Organisationen ernst genommen und geschützt werden. Auch moderate Muslime fühlen sich dabei abermals, nicht nur von den westlichen Politikern, sondern auch von vielen Intellektuellen in Europa verraten und allein gelassen.

Könnte die Eskalation der Gewalt und Gegengewalt eine von einigen Interessenmächten in Europa und in den islamischen Ländern gewollte Entwicklung sein, die eine Identität schonende Integration der Muslime in Europa um jeden Preis verhindern wollen?

Die größten muslimischen Dachorganisationen in Europa sowie die führenden Politiker und Geistlichen in den islamischen Ländern und nicht zuletzt die islamische Konferenz riefen die protestierenden Muslime überall zur Besonnenheit auf und verurteilten die Gewalt gegen diplomatische Vertretungen als unislamisch. Sie verurteilten aber ebenso mit der gleichen Vehemenz die umstrittenen Karikaturen als eine Beleidigung für alle Muslime und forderten Respekt gegenüber den religiösen Gefühlen aller Gläubigen. Letztlich demonstrierten Christen und Muslime in beachtlicher Zahl gemeinsam in Kopenhagen gegen religiöse Intoleranz und forderten Respekt gegenüber allen Religionen.

Das Ergebnis der letzten Kommunalwahlen in Dänemark war die erwartete Antwort auf die Rolle der rechtspopulistischen Regierungspolitik bei der Isolierung Dänemarks und dem Boykott der dänischen Produkte in den islamischen Ländern.

Es ist wirklich bedauerlich, dass manche Menschen erst reagieren, wenn ihr Geldbeutel durch unerwartete Entwicklungen leichter zu werden droht. In diesem Lichte schätze ich die relativ versöhnlichen Töne der dänischen Regierung in den letzten Monaten ein.

Die Muslime inner- und außerhalb Europas wollen nichts anderes als das, was ihnen die Verfassung und die geltenden Gesetze im jeweiligen Land garantieren, nämlich, dass sie ernst genommen und in der gleichen Augenhöhe angesprochen werden.

Es ist unverständlich, dass man in Europa auf der einen Seite für die Randalierer in Frankreich wegen der Lokkerung des Kündigungsschutzes Verständnis zeigt oder ein Auge zudrückt und auf der anderen Seite die Empörung der Muslime wegen Verunglimpfung eines ihrer höchsten religiösen Symbole als unzivilisiert und barbarisch bezeichnet.

Ist der Kündigungsschutz für die Europäer heiliger als die religiösen Symbole? Und wenn dies für die Europäer der Fall wäre, müssen sich andere religiöse und kulturelle Werte den europäischen Werten unterordnen? Der ägyptische Denker und Europa-Kenner Hasan Hanafi sagte dazu in einem Interview für die Kölner Stadt-Anzeige (Ausgabe 20.2.2006): „Das Heilige habe sich in Europa in das Ego verwandelt“. Inwieweit er damit Recht hat, bleibt dahingestellt.

## Schlussbemerkung:

Seit der Aufklärung hat sich der selbstkritische Geist im Westen in einer bewundernswerten Weise wissenschaftlich, politisch und gesellschaftlich entwickelt, von der man in vielen anderen Ländern bis heute nur noch träumen kann. Diese geistige Entwicklung wird ihre Vollendung dennoch erst erlangen, wenn im Westen der selbstkritische Geist in der Lage sein wird, sich auch mit externer Kritik ernsthaft und aufrichtig auseinander zu setzen.

## Zusammenfassung

Dieser Beitrag geht von der Feststellung aus, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung auf der einen Seite ein hohes Gut ist, das man pflegen und bewahren muss, aber auf der anderen Seite an gewisse gesellschaftliche Verpflichtung beziehungsweise Verantwortung gebunden sein muss. Uneingeschränkte Freiheit gibt es prinzipiell nicht, denn die Freiheit des einen muss durch die Freiheit des anderen eingeschränkt sein. Das Recht auf angeblich uneingeschränkte freie Meinungsäußerung ohne soziale Verantwortung würde die Gesellschaft in Gefahr bringen und könnte von einer Anarchie bis zu einem Glaubens- oder ideologischen Krieg führen.

ren. Die aktuelle Eskalation, die bei verantwortlichen Politikern, Rechtspopulisten und einigen Intellektuellen in Europa auf Unverständnis stieß und demzufolge total ignoriert wurde, ist ein lebendiges Beispiel dafür. Menschenrechte können im Einklang mit Menschenwürde existieren, um als eine der höchsten Errungenschaften der Menschheit und Stütze des sozialen Friedens wahrgenommen werden zu können.

## Literaturverzeichnis

- APA/Reuter am 9.4.2003
- Bayerischer Rundfunk am 7.2.2006
- Das Deutsche Strafgesetzbuch (StGB)
- „Die Welt“, Berliner Tageszeitung, Ausg. 10.2.2006
- Elshahed, E. : „Erklärung zum Weltethos im islamischen Blickfeld“, In: Religionen im Gespräch“ (RIG 4), Balve, Deutschland, 1994
- ders. : „Interkulturelle Kompetenz – von der Theoretik der Konzeption zur Problematik der Realisation“, In: „Erwägen Wissen Ethik“, Jg. 14/2003, Heft 1
- ders. : „Konsenslos kommunizieren oder den Konsens neu definieren“, In: „Ethik und Sozialwissenschaften“, Jg. 11/2000, Heft 3
- ENAR (European Network for Anti Rassism), Dänemark
- Grass, Günter: Interview in der spanischen Tageszeitung El Pais, zitiert in der Berliner Tageszeitung, Ausg. 10.2.2006
- Hanafi, Hasan: Kölner Stadtanzeige, Ausg. 20.2.2006
- Heine, Peter: Interview in der österreichischen Wochenzeitung „Die Furche“, Ausg. 6.2.2006
- Heine, Susanne: Interview in der österreichischen Wochenzeitung „Die Furche“, Ausg. 6.2.2006
- Jyllands-Posten, eine dänische Tageszeitung, Ausg. 30.9.2005
- Küng, Hans : Interview in KNA am 7.2.2006



**manches  
möglich  
machen ...**

... wie die Ausstellungen der Österreichischen Nationalbibliothek. Wertvolle Handschriften, die größte Sammlung an Papyri, bibliophile Kostbarkeiten und literarische Nachlässe werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Wir unterstützen diese Arbeit.



österreichische  
**LOTTERIEN**

Hans Winkler

## TOLERANZ IST KEINE EINBAHNSTRASSE

Der Karikaturenstreit, der zu Anfang des Jahres weltweite Aufregung ausgelöst hat und in vielen moslemischen Ländern zu Ausschreitungen und zum Erstürmen europäischer Botschaften und zum Boykott dänischer Unternehmen, ja sogar zu Morden und in Afrika zu Pogromen gegen Christen geführt hat, ist fast schon vergessen. Die Fragen zum Verhältnis des Islams zur modernen westlichen Gesellschaft, das Verhältnis der Religionen zueinander und ihre Stellung im säkularen Staat sind aber seither umso deutlicher hervorgetreten und nicht beantwortet.

Zur Zeit der höchsten Erregung über die Karikaturen hatte ich in einem Servicecenter eines Mobiltelefonherstellers zu tun. Als der Angestellte meinen Namen las, herrschte er mich an: „Sind Sie von dieser Zeitung, die die Karikaturen veröffentlicht hat? Und ist das Ihr Chefredakteur, der das im Fernsehen auch noch gerechtfertigt hat?“ Ich versuchte, dem Mann unsere Entscheidung zu begründen: Erstens gab es in dem Augenblick, als die Karikaturen zu einem weltweiten Thema geworden waren, eine Informationspflicht darüber, was solche extremen gewalttätigen Reaktionen ausgelöst haben konnte. Es hätten sie sogar noch viel mehr Zeitungen abdrucken sollen, verlangte der deutsche Karikaturist, Satiriker und Gedichteschreiber Robert Gernhardt. Wenn er die Karikaturen nämlich nicht sehen könne, werde er „in einem Zustand der Unmündigkeit gehalten“. Insofern befinde er sich ironischerweise im selben Boot mit jenen Moslems rund um die Welt, die gegen die Karikaturen demonstriert hatten, ohne den Anlass für ihre Erregung gesehen zu haben. Aber in der westlichen Kultur, so Gernhardt, „sind wir eigentlich angetreten mit dem Vorsatz, nur über Dinge zu reden, die wir gesehen und überprüft haben“. Durch die politischen Folgen der Erstveröffentlichung befanden sich also die „Zweitveröffentlicher“ in einer prinzipiell anderen Situation.

Das zweite Argument, das ich dem Telefonverkäufer entgegen hielt, war das der Solidarität mit unseren Berufskollegen in Dänemark und sonst wo. Mit der Veröf-

fentlichung wollten wir zeigen, dass wir uns gegen diese Art der „Auseinandersetzung“ mit journalistischen Produkten wehren, die in zivilisierten Staaten im äußersten Fall im Gerichtssaal und nicht auf der Straße stattfinden. Fehlgriffe mit Karikaturen sind uns selbst auch schon passiert und wir wissen, wie leicht so etwas passieren kann, da gerade auf diesem Feld die Rezeption durch die Leser höchst unterschiedlich sein kann.

Überflüssig zu sagen, dass ich den Mann nicht überzeugt habe. Ihm war es weniger um die Grenzen der Pressefreiheit oder den Respekt vor Religionen zu tun, als vielmehr darum, Ruhe zu haben. Darin war er durchaus auf einer Linie mit dem Bundespräsidenten, der zwar in den Mohammed Karikaturen einen „kränkenden Tabubruch“ sieht, dem österreichischen Karikaturisten Gerhard Haderer aber gratulierte, als dieser in Athen vom Vorwurf der Blasphemie in seinen Jesus-Karikaturen freigesprochen wurde. Diese Anteilnahme war risikofrei.

Nur als ein bedauerliches Missverständnis muss man es werten, wenn europäische Regierungschefs es für notwendig hielten, sich für die Karikaturen zu entschuldigen und den EU-Außenminister gar zu Sühnerreisen in moslemische Länder zu schicken. Sie haben sich damit der politischen Logik unterworfen, dass Regierungen dafür verantwortlich zu machen seien, was in den Zeitungen ihrer Länder geschrieben wird. Das gilt zwar in den autoritären Systemen des Nahen Ostens, aber eben nicht in westlich-demokratischen Staaten. Die so genannte Multikulturalität, die politische Korrektheit und der gewiss angebrachte Respekt vor anderen Religionen können keine legitime Schranke für die Meinungs- und Pressefreiheit sein. Auch kann das Binnenverständnis einer Religion, das ihre eigenen Gläubigen verpflichtet, keine Bindungswirkung für Außenstehende haben. Ein islamisches Bilderverbot, das übrigens auch innerislamisch sehr umstritten zu sein scheint, kann jedenfalls nicht für einen nicht-moslemischen Karikaturisten gelten. Auch hier hat der Bundespräsi-

dent eine Sensibilität gezeigt, die er im Falle von Haders Jesus-Bildern nicht für nötig hielt.

Über die Ausschreitungen wegen der Karikaturen tröstete sich in Europa mancher damit, die Gewalt sei eben nur islamistischen Fundamentalisten zuzuschreiben. Diese seien aber auch in den moslemischen Ländern nur eine kleine Minderheit, die große Mehrheit lehne die Gewalt ab. Das ist eine Illusion, wie schon die Duldung und mancherorts augenzwinkernde Komplizenschaft der jeweiligen Regierungen zeigen.

Trotz aller Bemühungen um einen „Dialog der Zivilisationen“, vor allem von wohlmeinender christlicher Seite, ist eine Überbrückung des Antagonismus zwischen der islamisch-integralistischen und der westlich-pluralistischen Auffassung der Beziehung zwischen Religion und Gesellschaft nicht zu sehen. Auch und gerade nicht in Europa. Von einem „Euro-Islam“, der zwar den prinzipiellen Ausschließlichkeitsanspruch, wie ihn jede Religion stellt, nicht aufgibt, ihn aber an den genauso legitimen Ausschließlichkeitsansprüchen anderer Religionen relativiert, ist nichts zu sehen.

Der Islam, und zwar nicht nur in seiner fundamentalistischen Variante, akzeptiert die aus der Aufklärung entwickelte und von den christlichen Kirchen unter äußersten Schmerzen und in größter intellektueller Anstrengung gewonnene Trennung von Religion und staatlicher Sphäre nicht. Der Islam „sieht es nicht ein“, formulierte kürzlich der Leiter der Islamischen Religionspädagogischen Akademie in Wien, Elsayed Mohammed Elshahed, wieso der säkulare Weg ein Fortschritt sein soll. Die europäischen Gesellschaften seien blutleer und brauchten Blut, das nur die „Religionen liefern können“.

Diese islamische Position trifft sich mit einer besonders in konservativen europäischen Kreisen häufig angestellten kulturpessimistischen Diagnose, die nicht ohne Neid in den moslemischen Gemeinschaften in Europa eine größere Vitalität, ein Zusammenstehen in Not und Bedrängnis, das Aufrechterhalten von Werten der Familie und des Anstands und nicht zuletzt eine strengere Moral im sexuellen Verhalten der Jugendlichen beobachten. Botho Strauß hat dies, geschockt durch das Erlebnis seines Sohnes, der von jungen Türken beim Fußballspielen ein „Christenschwein“ gerufen wurde, in seinem Essay von der „Vorbereitungsgesellschaft“ formuliert. Er nimmt die Anhänger des Pro-

pheten in Schutz. Nicht diese machten seinem Sohn sein „inneres Hab und Gut streitig“, sondern die Dekadenz der hiesigen Welt.

Das mag Elshahed für eine Bestätigung halten und er geht daher auch die Frage nicht ein, wie weit die Toleranz des Islam reicht und ob sie nicht nur eine vorübergehende Anpassung an die Verhältnisse ist, die man – noch – nicht allein bestimmen kann. Auch beantwortet er nicht die Frage nach der Friedfertigkeit des gegenwärtig öffentlich in Erscheinung tretenden Islam. Er und andere muslimische Intellektuelle beziehen keine klare Stellung zum Monopol des säkularen Staates auf die Regelung der zivilen Rechts- und Gesellschaftsverhältnisse. Allein die Hindernisse, die die Vertreter des Islams der Konversion von Moslems zum Christentum entgegensetzen bis hin zu Strafdrohungen, zeigen welche Schwierigkeiten ihnen die Vorstellung individueller Freiheit jenseits des Religionsgesetzes bereitet.

Dass der säkulare Weg auch die Lehre aus bitteren Religionskriegen ist, scheint ihm nicht bewusst zu sein. So schmerzvoll für das Christentum die Verluste an öffentlicher Geltung und kulturprägender Kraft durch die Aufklärung waren und sind, so sehr hat es den Pluralismus, den Gewinn an individueller Freiheit, die Autonomie des Bürgers schätzen gelernt. Noch dazu, wo es die Gewissheit haben darf, dass sich die Errungenschaften der europäischen Moderne dem „mensenrechtlichen Universalismus des Christentums“ verdanken, wie es ausgerechnet Jürgen Habermas formulierte.

Freilich stimmen Islam und Christentum darin überein, dass sie ein „säkularistisches Staatsverständnis im Sinne des französischen Laizismus ablehnen, der Religion zur Privatsache machen möchte. Und das nicht deshalb, weil der den Religionen inhärente Wahrheitsanspruch eine öffentliche Geltung beanspruchte, sondern weil der moderne demokratische Staat aufhaltungen der Sittlichkeit basiert, die er selbst durch seine Institutionen und Regeln nicht schaffen kann. Religiöser Glaube besteht ja nicht in so etwas Vagem wie Gefühlen. Er ist tiefer in der Person verwurzelt und er ist verbunden mit anderen Menschen, lebt von Gemeinschaft, die er gleichzeitig begründet, und er ist – jedenfalls im Christentum – begründet in einer über Jahrhunderte in größter intellektueller Anstrengung ausgearbeiteten Doktrin.

Die Debatte mit dem Islam und seiner Gesellschaftsvorstellung muss für das Christentum auch über die Reziprozität, der Gegenseitigkeit in der öffentlichen Behandlung geführt werden. Das ist ebenfalls ein Gegenstand, über den die Vertreter des Islam nur ungern oder mit Gegenangriffen reden. Sie können und wollen nicht erklären, warum es die Moslems als ihr selbstverständliches Recht betrachten, in Telfs in Tirol eine Moschee zu haben, aber 1,2 Millionen Katholiken in Saudi-Arabien, die vorwiegend von den Philippinen kommen, ihre Religion überhaupt nicht ausüben dürfen, ja sogar dafür mit strengsten Strafen bedroht sind, bekommt man die gereizte Antwort, der Emir von Kuwait

habe ohnehin auf seine Kosten christliche Kirchen bauen lassen.

Das sind keine radikalen Fundamentalisten, die so reagieren, sondern gebildete Vertreter des Islam in Europa. Dass in so gut wie allen moslemischen Ländern Christen bedrängt bis offen verfolgt werden, wird in den irenistisch gestimmten christlich-islamischen Dialogveranstaltungen nicht einmal schamhaft erwähnt. Da könnte man die anderen „verletzen“ oder das Klima stören. Dass die andere Seite das als Eingeständnis der Schwäche und er mangelnden eigenen Überzeugung versteht, darf einen nicht wundern.

*Herbert Scheibner*

# IST EIN „KAMPF DER KULTUREN“ VERMEIDBAR?

Das Thema ist für uns alle wichtig und auch sehr aktuell: „Kampf der Kulturen“ – ist er vermeidbar? Ich meine, er müsse vermeidbar sein, denn egal welcher Kampf es ist, ob es ein gewalttätiger Kampf zwischen Kulturen, Religionen, Nationen oder Menschen ist, es gäbe nur Verlierer. Das haben wir, glaube ich, alle aus der Geschichte gelernt und deshalb muss man diesen Kampf verhindern. Die Frage ist nur: wie?

Da hat jeder seine Verantwortung zu tragen und das Seine dazu beizutragen. Für die Behauptung, dass die Gefahr eines „Kampfes der Kulturen“ besteht, brauchen wir nicht nur die Globalisierung als Argument heranzuziehen, sondern das sehen wir wohl tagtäglich in Europa, aber natürlich auch außerhalb Europas; und das vor einem religiösen Hintergrund, in dem beide Religionen, die hier zur Diskussion stehen, Islam und Christentum, Religionen des Friedens sind.

Es sind zwei Religionen des Friedens, und die überwiegende Mehrzahl der Gläubigen beider Religionen, ob sie nun sehr fundamentalistisch sind oder nicht, wollen diesen Frieden. Man zeige mir breite Bevölkerungsgruppen, die gerne Kampf, Gewalt, Krieg, Unfreiheit für sich selbst und für die eigene Zukunft sehen! Es ist Tatsache, dass es in den verschiedensten Religionen immer Radikale gegeben hat, die die Religion missbraucht haben, um eigene Ziele zu verwirklichen, die mit Religion überhaupt nichts zu tun gehabt haben oder zu tun haben. Das war so im Christentum über viele Jahrhunderte und das haben wir heute auch noch, wenn ich mir die Situation in Nordirland ansehe, also mitten in Europa, und davor ist klarerweise auch der Islam nicht geschützt. Da gibt es selbstverständlich die Gefahr, dass vor allem dort, wo es auch soziale Konflikte gibt, wo es soziale Probleme gibt, dann genau wieder diese radikalen Elemente unter dem Vorwand der Religion diese Situationen ausnützen, um eine Radikalisierung breiterer Bevölkerungsgruppen und damit auch die Ge-

fahr von gewalttätigen Auseinandersetzungen zu provozieren.

Wenn wir also alle gemeinsam Verantwortung tragen, dann bedeutet das auch, dass wir versuchen, wirklich den Dialog zu pflegen und immer dort, wo es in Österreich oder außerhalb Österreichs die Gefahr eines Konfliktes gibt, sofort einzuschreiten und mäßigend einzuwirken, dass man klar auch Stellung nimmt und zwar von beiden Seiten, dass man Radikalismus, welcher Art auch immer, nicht unterstützt.

Die Feststellung, dass es keine Freiheit ohne Schranken gibt, ist natürlich vollkommen richtig; das ist ja auch unser Prinzip. Da gab es ja diese falsch positionierten, angeblichen Liberalen, die gesagt haben: Freiheit ist grenzenlos. Natürlich ist Freiheit nicht grenzen- und schrankenlos, überhaupt keine Frage! Unsere gesamte Rechtsordnung ist ja gesetzte Einschränkung der Freiheit. Selbstverständlich! Und die Ausübung der Freiheit bedingt auch Verantwortung! Das ist auch selbstverständlich. Die Frage ist nur: Wer bestimmt diese Schranken der Freiheit und wer sanktioniert eine Übertretung dieser Schranken?

Da sind wir uns anscheinend nicht ganz einig, wenn ich das richtig verstanden habe, und natürlich auch jetzt in dieser Auseinandersetzung rund um die in einer dänischen Zeitung erschienenen Karikaturen mit dem Propheten Mohammed: Man kann selbstverständlich der Meinung sein, dass mit diesen Karikaturen – und alle haben ja gesagt, dass das schlechte Karikaturen sind – Rechte, Grenzen der Freiheit überschritten worden seien. Ich habe auch bei meinen Kontakten in vielen arabischen Ländern gesehen, dass Menschen betroffen gewesen sind, weil sie gesagt haben: Durch diese Karikaturen sind meine grundlegenden religiösen Gefühle verletzt worden. Wobei dann auch die Frage zu stellen ist: Waren das die Karikaturen an sich oder die Diskussion und all das, was danach gekommen ist? Das ver-

steht man. Auch wenn das zuerst so in den Raum gestellt worden ist: „Bei und ist es halt anders,“ glaube ich dennoch, dass es sehr, sehr viele Menschen in Europa gibt, auch hier in Österreich, die sich zutiefst verletzt fühlen, wenn christliche Symbole missachtet und diskriminiert oder verunglimpft werden, wenn man sich da also lustig macht. Selbstverständlich gibt es das auch!

Ich würde das auch nicht so wegwischen; nur deshalb, weil es auch in Europa Kreise gegeben hat, die gesagt haben, wir haben mit Religionen überhaupt nichts am Hut und all diese Symbole sind in Wahrheit nichts wert.

Also, das gibt es auch. Und das ist auch gut und richtig so. Die Frage ist nur, wie reagiert man dann auf die Verletzung, eine vermeintliche oder auch wirkliche Verletzung; da haben wir eben die Tradition des Rechtsstaates, da gibt es das Gesetz und da gibt es zur Durchsetzung dieser Gesetze ordentliche Gerichte. Es gibt ja auch für die Meinungsfreiheit – gerade ein Politiker ist ja immer sehr darauf bedacht, dass selbstverständlich die Meinungsfreiheit und die Pressefreiheit gewahrt sind – aber manchmal hat man das Gefühl, dass diese Freiheit übertreten wird, weil gewisse Dinge ins Persönliche gehen. Und was tut man dann? Man geht zu Gericht und klagt und dann kriegt man entweder Recht, und man freut sich, oder man kriegt nicht Recht, dann freut man sich nicht. Aber das ist es dann, und man muss das ganz einfach akzeptieren.

Und ich glaube, das ist der gravierende Unterschied, denn so war auch, wenn ich das richtig verstanden habe, der Beginn dieser Karikaturenangelegenheit: Diese Karikaturen sind veröffentlicht worden, islamische Geistliche in Dänemark haben die Gerichte damit befasst, haben dann aber nicht Recht bekommen und sind daraufhin, teilweise mit gefälschten Karikaturen, in islamische Länder gefahren und haben das dort zum Thema gemacht.

So wie ich verstehe, dass man da persönlich betroffen sein kann, so wie ich es verstehe, dass man sagt, diese Karikaturen waren falsch, so verstehe ich auch den Nachdruck, mit dem man die Veröffentlichung der Karikaturen verteidigte. Das verstehe ich alles. Aber ich verstehe nicht, dass islamische Geistliche in Europa, wenn sie nach unserer Rechtsordnung nicht Recht bekommen, dann so reagieren, dass sie dann in islamische Länder gehen und dort mit zum Teil gefälschten Karika-

turen, weil die Originale anscheinend noch zu wenig deutlich gewesen sind, einen Flächenbrand initiieren, der viele, viele Tote gefordert hat.

Und da sage ich Ihnen, da gibt es für mich fast keine Freiheit mehr. Es gibt ja auch in der Rechtsordnung die Notwehr, das ist also das Einzige, wo man auch das Leben eines anderen gefährden darf, wenn man sich selbst damit verteidigt, aber auch nur in ganz, ganz engen Schranken. Es gilt das Verhältnismäßigkeitsprinzip! Und kein Recht, außer vielleicht das Recht aufs eigene Leben oder das Leben anderer, kann in irgendeiner Art und Weise rechtfertigen, dass man das Leben anderer gefährdet, so wie das dort der Fall gewesen ist, dass hunderte Menschen, auf der einen Seite Angehörige der islamischen Glaubensgemeinschaft bei den Demonstrationen, und auf der anderen Seite Christen, weil es dann eine Verfolgung gegeben hat, dass also hunderte Menschen zu Tode kommen, viele verletzt wurden, dass Botschaften angezündet wurden, weil sich einige Imane in Dänemark nach der europäischen Rechtsordnung mit ihrer Meinung nicht durchsetzen konnten.

Ich glaube, da unterscheiden wir uns vielleicht. Aber das ist ein Grundsatz, und von diesem Grundsatz können wir nicht abgehen: Es gibt das Recht auf Meinungsfreiheit!

Bei uns gibt es auch Säkularisierung, das heißt die Trennung von Kirche und Staat; das ist eine Tradition, die nicht immer gegolten hat, denn es hat auch eine sehr enge Verbindung zwischen Kirche und Staat gegeben, und es hätte vielleicht in früheren Jahrhunderten auch eine ähnliche Reaktion gegeben, wenn solche Dinge passiert wären in einem christlichen Land.

Ich glaube auch, dass wir hier in Europa nicht wertelos sind, und das sollte man auch verstehen. Wir haben selbstverständlich Werte und ich glaube, einen sehr breiten und ausgeprägten Wertecodex und auch einen Wertekonsens, der nur getrennt ist von der Frage der Religiosität. Und das müssen wir natürlich auch einfordern, dass jemand, der hier in Europa tätig ist, egal in welcher Funktion, der sich hier aufhält auf Dauer, dass es diesen unabhängig von der Religion geltenden Wertecodex auch akzeptiert. Und das ist, glaube ich, auch ein wichtiger Faktor für das bessere Verständnis und das bessere Zusammenleben, so wie wir auch umgekehrt selbstverständlich akzeptieren müssen, dass es in



der islamischen Welt andere Regeln gelten. Es gibt außerdem – wie schon dargelegt wurde – nicht „die“ islamische Welt, sondern es gibt eine Vielzahl von islamischen Staaten, die völlig unterschiedlich ausgerichtet sind in ihrem Verhalten anderen Religionsgemeinschaften gegenüber. In Saudi Arabien dürfen Sie als „Ungläubiger“ nicht einmal in die heiligen Städte einreisen, geschweige denn zu den heiligen Stätten fahren; in Syrien, zum Beispiel, dürfen Sie als Christ selbstverständlich in eines der wichtigsten Heiligtümer des Islams, in die Omajaden-Moschee, selbst zu den Gebetszeiten, und Sie werden dort ein faszinierendes Miteinander von Männern, Frauen, Kindern, Touristen von den ganz verschiedenen Religionen sehen, und das ist wirklich ein gutes Symbol, was der Islam auch wirklich ausdrücken kann. Es gibt also nicht „den“ Islam, sondern es gibt verschiedene Ausprägungen. Trotzdem: Wenn man in eines dieser Länder fährt oder vielleicht sogar dort wohnen möchte, dann muss man die Traditionen dort und auch die Verhaltenscodizes dort anerkennen. Und wenn ich sage, ich möchte in einem islamischen Land, das ein striktes Alkoholverbot verfolgt, weil das eben Tradition ist, Alkohol trinken oder eine Messfeier zelebrieren lassen – weil im Christentum natürlich die Wandlung von Wasser zu Wein ein ganz wichtiges Prinzip ist, dann werde ich dort selbstverständlich Probleme haben, keine Frage! Und dann werde ich das auch akzeptieren müssen.

Aber genauso muss ich auch verlangen, dass hier in Europa die Traditionen von jenen, die zu uns gekommen sind oder zu uns kommen, selbstverständlich anerkannt werden.

Es ist sehr viel von Integration gesprochen worden, und Sie wissen, dass ich einer von jenen bin, die gerade in den 80-er und 90-er Jahren die Zuwanderungspolitik der damaligen Regierung sehr scharf kritisiert haben, aber nicht deshalb, weil man sagt, wir wollen alle diese Leute nicht, wir lehnen sie vom Prinzip aus ab, sondern weil wir die Strategie für falsch gefunden haben, eben nicht Integration in den Vordergrund zu stellen und damit auch auf die Größenordnungen Rücksicht zu nehmen und auf die Parameter, die für die Integration wichtig sind, wie Arbeitsplätze, soziale Möglichkeiten, Schulplätze und so weiter, dass das zu einem Problem führen kann. Und in vielen Ländern, wo das ähnlich gewesen ist, aber wo die Zahl viel größer ist, etwa in Deutschland oder auch in Frankreich, haben wir heute

diese Probleme; wir haben plötzlich keine Integration, auch keine multikulturelle Gesellschaft, sondern eine Parallelgesellschaft, ein Nebeneinander von verschiedenen Kulturen und Religionen mit ungeahnten Problemen, weil da einfach die Kontakte nicht mehr notwendig sind, weil man alles da für sich hat: Schule, Arbeit, Freizeit, es gibt also wenig Kontakte und dort, wo man die Kontakte haben will – Stichwort „Verheiratung“ und so weiter – gibt es dann die Probleme. Und da sage ich auch nicht, dies ist in den Wurzeln der Religionen begründet, sondern es ist dann die konkrete Ausprägung, wie man Religion dort verstehen möchte, zumindest von einigen wenigen.

Wenn wir nun diskutieren, ob es zulässig war, auf diese Karikaturen so zu reagieren, dann erinnere ich daran, wie die „westliche Staatengemeinschaft“ auf den Terroranschlag vom 11. September 2001 reagiert hat. Da hatten auch Gruppen die Religion missbraucht, missbraucht für ein verbrecherisches Ziel. Mehr als 3000 Menschen sind hier umgekommen. Und es hat verschiedene Ansätze für Übergriffe gegen Moslems und Leute gegeben, die dort entsprechend auftreten, und wir waren uns sofort einig – und das war eine Konsens in der westlichen Welt, in Europa, aber auch in den Vereinigten Staaten und selbstverständlich auch hier in Österreich –, dass wir das nicht zulassen dürfen. Dass wir alle gemeinsam signalisieren – und wir hatten da beeindruckende Veranstaltungen –, das ist nicht der Kampf der Islami gegen das Christentum! Und wir haben es geschafft, dass es diese Emotionalisierung nicht gegeben hat.

Aber genau dasselbe müssen wir auch von unseren islamischen Verantwortlichen überall auf der Welt, aber auch in den islamischen Staaten verlangen, wenn es darum geht, mäßigend einzuwirken in solchen Problemfällen wie dem Karikaturenstreit, wobei ich das gar nicht auf eine Ebene stellen möchte. Da muss man ganz einfach verlangen, dass man das auch zum Ausdruck bringt, dass die Ermordung von Menschen unter dem Vorwand der Religion ein Verbrechen ist, dass das Kidnappen von Menschen ein Verbrechen ist und – da hört man leider wenig – dass es auch für Staatsmänner nicht zulässig sein kann, unter dem Vorwand der Religion ganze Völker, so wie es der iranische Staatschef gemacht hat, in ihrer Existenz zu verleugnen und in einer üblen Art und Weise zu diskreditieren.

So wie die Vertreter der islamischen Glaubensgemeinschaft von uns Verständnis und auch Rücksichtnahme verlangen, verlangen wir auch genau dieselben klaren Worte, dass das nicht Vertreter des Islams sind, sondern dass sie ihre eigenen Ziele verfolgen und unterstützen. Ich glaube, wenn wir dieses Bewusstsein haben, dass es unterschiedliche Zugänge und unterschiedliche Traditionen in den beiden Religionen gibt, aber dass über all diesen Unterschieden ein gemeinsamer Wunsch steht, der Wunsch, ein friedliches Leben der eigenen Bevölkerung und ein friedliches Zusammenleben auf der Welt zu schaffen. Und ich glaube daran, dass das die Wurzeln unserer Religionen sind, und ich glaube auch daran, dass die Vertreter dieser Religionen die meiste Zeit das auch so sehen. Vielleicht sollten sie auch den Mut haben, das überall und immer auch zum Ausdruck zu bringen.

Wir hier in Europa, gerade in der Europäischen Union, hätten auch eine Verantwortung, weil ich glaube, das eine ist natürlich Theorie, und wir können über Philosophien diskutieren, das ist überhaupt keine Frage, aber ein wichtiger Faktor ist es auch, dem Radikalismus, egal wo er herkommt, die Wurzel zu entziehen. Und das ist ganz einfach dadurch zu schaffen, dass man den Menschen in ihren Regionen eine Zukunftsperspektive gibt, und ich glaube auch, dass darin eine Antwort auf viele Probleme im Nahen Osten liegt. Die Lösung des Nahost-Konflikts könnte viel von dem Konflikt beheben, den wir heute diskutieren. Hier hätte Europa eine wichtige Funktion, hier darf man nicht mit dem erhobenen Zeigefinger immer sagen, das ist alles zu wenig, was da passiert. Man darf auch nicht die Messlatte, so wie wir sie in Europa haben, eins zu eins in die Region übertragen. Da hat der Westen sehr viele Fehler gemacht. Ich erinnere an die Entwicklung im Iran: Da gab es sehr viel Hoffnung in Richtung einer positiven Entwicklung zu mehr Offenheit, zu mehr Freiheit. Das war allen zu wenig, es war alles zu wenig und es ist immer wieder vom Scheitern die Rede gewesen, die Erwartungen sind nicht erfüllt worden.

Oder in Palästina: Was hat man alles über Arafat Negatives geschrieben, wahrscheinlich manches zu Recht – Korruption und was da alles gesagt worden ist –, man hat aber, anstatt dass man versucht, diese Korruption zu beheben, die Autoritätspersonen und die Gruppe-

rungen diskreditiert, man hat dort demokratische Wahlen verordnet, man hat gesagt, man muss den Präsidenten schwächen in seiner Macht und deshalb auch einen Premierminister einsetzen. Und was hat man jetzt? Jetzt hat man demokratische Wahlen gehabt und hat jetzt die Hamas, die einem auch nicht passen, und das ist schwierig.

Oder Syrien: Wir, in der syrischen Gesellschaft, versuchen ja Verständnis zu schaffen. Wir glauben, dass dort eine Regierung mit einem Präsidenten an der Macht ist, die versucht, das Land zu öffnen; langsam, Schritt für Schritt. Das ist alles nicht markant, man kann eben nicht 30 oder 40 Jahre in zwei Jahren umdrehen. Was sagt der Westen? Das geht alles viel zu langsam und ihr unterstützt den Terrorismus: „Achse des Bösen“. Das Resultat ist, dass auch dort wieder die Kräfte die Oberhand gewinnen, die sagen: „Na, was habt ihr von eurem Wunsch mit dem Westen zu kooperieren, wenn das die Antwort darauf ist, müssen wir uns wieder in eine andere Richtung bewegen“.

Und da sehe ich auch eine Gefahr: die Gefahr, dass man ein bisschen „oberlehrerhaft“, von oben herab dort etwas dekretieren möchte, was nicht funktioniert, anstatt dass man auch diese Länder als gleichberechtigte Partner akzeptiert, durchaus mit Vorgaben, denn wenn ich sage „Gewaltverzicht“ und „es ist unzulässig, Menschenleben zu gefährden“, dann gilt das für alle, aber wirklich für alle in dieser Region.

Auch dort, wie überall sonst, kann es nur einen dauerhaften Frieden durch eine Verhandlungslösung auf einer gleichberechtigten Basis geben. Und ich glaube, wenn wir das schaffen, dann haben wir auch vieles von dem geschafft, was wir heute diskutieren, denn dann wird es gar nicht möglich sein in diesen Ländern, dass man durch irgendwelche Karikaturen oder durch irgendwelche Imane, die da ihre eigenen Ziele durchsetzen wollen, dass man dort solche Demonstrationen, solche Gewaltorgien erzielt.

Das ist vielleicht nicht von heute auf morgen zu erreichen, damit schafft man vielleicht auch keine schnellen Schlagzeilen, aber das wäre aus meiner Sicht die einzige Möglichkeit, um einen „Kampf der Kulturen“ zu vermeiden und wirklich die Chance zu schaffen, auf ein dauerhaftes friedliches Zusammenleben, nicht nur der Religionen, sondern der Völker auf der Welt.

# INTEGRATION UND/ODER KULTURKAMPF

In weiten Teilen der Welt gibt es ein mehr oder weniger großes Bevölkerungswachstum. Europas Bevölkerung hingegen stagniert; der Anteil unseres Kontinentes an der Weltbevölkerung ist von etwa einem Viertel von 1950 bis heute auf circa 12 Prozent gesunken und wird voraussichtlich bis 2050 nur noch sieben Prozent ausmachen.

Vereinfacht könne man sagen, dass überall dort, wo die Emanzipation noch nicht so recht Fuß gefasst hat, großer Kinderreichtum besteht. Das führt in vielen dieser Länder gleichzeitig zu – teilweise enormem – Wirtschaftswachstum, aber auch zu hoher Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. In manchen Ländern bleibt die wirtschaftliche Entwicklung so weit hinter dem Bevölkerungswachstum zurück, dass die nachwachsende Generation kaum Hoffnungen auf eine gedeihliche Zukunft sieht.

Die Auswanderung ist eine normale Reaktion auf solche Zustände. Sie erfolgt sowohl legal als auch illegal und hat reichere nahe liegende oder weit entfernte Länder zum Ziel, insbesondere die USA und die Länder Europas. Migration wird insbesondere in armen Ländern nach Kriegen ausgelöst, wie zum Beispiel Vietnam (boat-people) oder Afghanistan.

Europa ist seit den sechziger Jahren ein Einwanderungsgebiet geworden. Europa ist – außer den europäischen Binnenwanderungen – insbesondere mit starker Einwanderung aus Afrika, sowohl dem arabisch-berberischen Maghreb als auch Schwarzafrika, konfrontiert. Stärkere Einwanderung kommt auch aus der Türkei und Südasien.

## Neue Minderheiten entstehen

Die Einwanderung hat in Europa den Geburtenrückgang abdeckt und die Bevölkerungszahl stabil gehalten. Da die Einwanderung vor allem die Ballungsgebiete betrifft, entstehen dort – neben den ethnischen Veränderungen – neue soziale und zivilisatorische Gegebenheiten. Die Assimilierung oder die Integration der Einwanderer und deren Kinder funktioniert häufig

nicht mehr oder sie ist oberflächlich. So entstehen neue Minderheiten, die sehr unterschiedlich sein können, sich aber in ihrem Rollenverständnis als Außenseiter und Andersartige gleichen. Obwohl einerseits ein gewisser Anpassungsdruck zur Gewöhnung an das Einheimische gegeben ist, breiten sich andererseits Subkulturen und ein neues Selbstverständnis aus, das eigene Lebensauffassungen und Verhaltensweisen zum Gegenmodell zur Assimilierung entwickelt. Die eingewandene Mehrheitsbevölkerung ist der Gegenpol, der den Staat repräsentiert. Also richtet sich – wie bei Pariser-Vororte-Unruhen – der Aufruhr gegen den Staat, der ihnen aus ihrer Sicht die gleiche soziale Stellung verwehrt. Die Randalierer der Pariser-Vororte-Unruhen im November des Vorjahres waren meist französische Bürger außereuropäischer Abstammung, die besser Französisch als etwa Arabisch sprachen, und sie waren keine Islamisten, sondern Sex und Alkohol nicht abgeneigt. Sie waren zivilisatorisch assimiliert; aber sie fühlten sich nicht integriert, sondern als sozial ausgegrenzt, der Verelendung preisgegeben. Diese Einwanderer der zweiten und dritten Generation werden – auch wenn sie nicht ausreichend integriert sind – im Lande bleiben; was sollten sie sonst tun? Wenn sie unsere Gesellschaft nicht integrieren kann, wenn ihr Hiersein ein Leben ohne Perspektive ist, dann werden soziale Unruhen beständige Erscheinungen sein und diese zusätzlich ethnische und religiöse Komponenten erhalten. Das ist dann der Kulturkampf.

## Integration und Assimilation

Die Integration einzelner Personen ist in der Regel kein großes Problem. Anders ist es, wenn große Gruppen sich mehr oder weniger geschlossen niederlassen und eigene Subkulturen und Parallelgesellschaften bilden. Für die Integration der Einwanderer gibt es kaum politische Konzepte und es gab bisweilen – wenn überhaupt – nur sehr oberflächliche Diskussionen darüber. Sollen die Einwanderer assimiliert werden oder nur mehr oder weniger angepasst?

Integration bedeutet die Einbeziehung außenstehender Elemente in eine Einheit, ein Ganzes; gesellschaftlich heißt das, verschiedene Gruppen im hohen Grad harmonisch und konfliktfrei einzuordnen.

Assimilation heißt Ähnlichmachung; es ist ein Prozess der Angleichung, zum Beispiel an eine andere Ethnie. Sie besteht im Verlust eines eigenen Gruppenbewusstseins der Assimilierten. Assimilation bedeutet beziehungsweise bewirkt, dass nach Übernahme der kulturellen, politischen und institutionellen Traditionen der Gastgeber Wert- und Machtkonflikte ebenso fehlen wie Vorurteile und Diskriminierung. Assimilation bedeutet letztlich vollständige Verschmelzung. So gesehen haben etwa die Pariser Unruhen eigentlich dargelegt, dass bei weiten Teilen der Einwanderer Frankreichs die Assimilation nur scheinbar gegeben war.

Die Übernahme einzelner oder aller Elemente einer anderen Kultur nennt man hingegen Akkulturation. Diese führt häufig zu Problemen, weil und solange es sich bei sich Anpassenden und der dominanten Gruppe um ungleiche Beziehungen handelt. Ein gewisses Maß – notwendiger – freiwilliger oder erzwungener Anpassungen bedeutet noch lange nicht Assimilation. In der politischen Debatte scheinen diese Unterschiede aber nicht geläufig zu sein.

## Praktische Integration

Beim Aufruhr in Frankreich hat die Religion wohl kaum eine Rolle gespielt, obwohl die Mehrzahl der jugendlichen Gewalttäter Muslime waren; sie sind sehr verwestlicht und haben kaum mehr als rudimentäre Kenntnisse des Islam. Die Hauptursachen waren sozio-ökonomischer Natur: die mangelhafte soziale und wirtschaftliche Eingliederung von großen Teilen der Nachkommen der Einwanderer, die zu neuartigen Minderheiten werden. Trotz Unsummen von Sozialausgaben sind alle Reformanstrengungen Stückwerk geblieben, die diese bereits im Land geborenen Minderheiten zu vollwertigen und sich nicht als Fremde im eigenen Land fühlenden Bürgern gemacht hätten.

Wenn nun Integrationsmodelle erwogen werden, die den Ausbau sozialer Leistungen für die sich ausgebremst fühlenden neuen Minderheiten vorsehen, so ist zu bedenken, dass in den meisten Ländern Europas die in Zeiten der Hochkonjunktur entwickelten Sozialsysteme bereits jetzt nicht mehr finanzierbar sind. So

einfach wird es also nicht gehen. Sozialer Aufruhr und Aufstände, die man nicht als Vandalismus oder Rabaukentum (was sie zugleich auch sind) abtun soll, werden also in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in einigen Ländern Europas auf der Agenda bleiben.

Die andere Strategie ist die Anhebung der Entwicklungshilfe. Entwicklungshilfe soll die Lebensverhältnisse in den Auswanderungsländern verbessern und damit die Auswanderung bremsen. (Diese Argumentation geht – wohl unbewusst – von einer Logik aus, dass das Ausmaß der Einwanderung nicht vom Einwanderungsland bestimmt wird, sondern vom Migrationsbedürfnis der Auswanderungsländer.) Davon wird seit Jahrzehnten gesprochen und es ist auch einiges geschehen. Aber nicht genug, und es wird auch künftig mit Sicherheit nicht genug sein. Denn einmal ist die Gebefreudigkeit mehr rhetorisch als praktisch und in Zeiten akuter Haushaltsprobleme – gerade der großen Länder wie Deutschland und Frankreich – ganz einfach unrealistisch. Und zum anderen ist es schwierig, Entwicklungshilfegelder in den korrupten Empfängerländern wirkungsvoll zum Einsatz zu bringen. Eine kurzfristige Entlastung kann es nicht geben, denn letztlich müssten sich die „Export“-länder der Migranten selbst helfen können: Verantwortliche Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben und die Bevölkerungsentwicklung regulieren. Bis das funktioniert – wenn überhaupt – wird noch viel Zeit vergehen. Massenauswanderung wird noch Jahrzehnte andauern.

## Integrations- und Einwanderungspolitik

Kurzfristig geht also überhaupt nichts. Maßnahmen im Sinne der beschriebenen Strategien hätten schon vor vielen Jahren gesetzt werden müssen. Man muss sich ganz einfach darauf einstellen, dass die Zeiten unruhig sein können und das soziale Gefüge einigen Strapazen ausgesetzt sein wird. Die Länder mit stärkeren Spannungen und Unruhen werden in dieser Zeit als Wirtschaftsstandort mehr Einbußen hinnehmen müssen als andere.

Mittel- bis längerfristig brauchen wir eine gezielte Einwanderungspolitik, die mit einer realistischen Integrationspolitik kombiniert ist. Dazu bedarf es konkreter Vorstellungen einer europäischen Leitkultur, die als gemeinsamer Nenner von allen als verbindlich respektiert wird. Assimilation also mit der Leitkultur.

Leicht wird es nicht, weil genug Populisten und Brandstifter in Europas Ländern die Situation ausnützen wollen. Und die nicht rein populistische Politik verhält sich meist zurückhaltend und somit passiv.

Bei allen Integrationsstrategien muss auch bedacht werden, dass sie neben den finanziellen auch dort ihre Barrieren finden, wo die Integrationsbereitschaft von Einwanderern aufhört. Grenzen sind aber auch in der Integrationsbereitschaft der ansässigen Bevölkerung gegeben. Manche Sitten, Gewohnheiten und Verhaltensweisen von Einwanderern erleichtern diese Integrationsbereitschaft auch nicht. Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit von Einwanderern und Stammbevölkerung können nicht angeordnet werden. Ebenso können Einwanderer bei großen Kulturunterschieden und starkem Zivilisationsgefälle in ihrer Integrationsfähigkeit einfach überfordert sein. (Freilich könnte man dazu fragen, warum solche Einwanderer aufgenommen werden.)

Der Islam war – wie schon gesagt – nicht die Ursache der Aufstände und Unruhen in Frankreich. Aber es ist durchaus realistisch, dass diese das Islambewusstsein vieler Einwanderer stärken – was an sich kein Problem wäre, wenn sich der Islam an Europa anpasst. Wenn aber immer mehr Islamisten die Anpassung Europas an ihre Vorstellungen wollen, dann würde das den Kulturkampf nach Europa hereinbringen. Diesen Anfängen ist zu wahren, das heißt, alle islamistischen Agitationen zur Unterminierung des freiheitlichen Rechtsstaates und der westlichen Demokratie sind energisch zu bekämpfen. Es darf keine Toleranz geben für die Feindschaft gegenüber Europa und unseren Westen. Es darf kein Verständnis dafür geben, dass beispielsweise der vom Kleinkriminellen zum Massenmörder „aufgestiegene“ Terroristenchef az-Zarkawi oder der hasspredigende iranische Präsident Ahmadinejad als Helden betrachtet werden. Es darf kein Verständnis für die Missachtung des Rechtsstaates geben. Vielleicht ist es kein Grundsatzproblem des Toleranzverständnisses, sondern nur eine Ironie, dass es in Frankreich Massenproteste von illegalen Einwanderern gibt, die dagegen protestieren, dass die Einwanderung – legal wie illegal – erschwert werden soll.

Uns in Österreich kann es nicht egal sein, ob Frankreich im Aufruhr versinkt, oder Großbritannien oder Italien, oder ob es gelingt, die Türken in Berlin zu europäisieren.

Wenn nämlich diese Länder schwere ökonomische Schäden erleiden, so trifft das auch unsere Volkswirtschaft empfindlich.

## Die Einwanderung verändert

Wir haben in Europa also neue Minderheiten, die man nicht oder nur begrenzt assimilieren kann oder die sich nicht assimilieren lassen und deren Integration offenbar nur begrenzt erfolgreich ist. Versäumnisse in der Einwanderungspolitik und unzureichende Maßnahmen zur Integration der Einwanderer haben zu einem Prozess der ethnischen und kulturell-zivilisatorischen Veränderung unserer Gesellschaft geführt, der wohl nicht mehr rückgängig zu machen ist. Ob man das will oder nicht, ist nicht mehr relevant; wir müssen das Beste daraus machen.

Die neuen Minderheiten werden größer und mitbestimmende Faktoren in ihren Zielländern werden. Eine Phase der Neugestaltung der inneren Ordnung der Einwanderungsländer kommt unweigerlich auf uns zu. In dieser wird entweder die Integration der neuen Minderheiten mehr oder weniger gut gelingen, was zwangsläufig auch Charakter und Erscheinung unserer Gesellschaft verändert, oder sozialer Aufruhr und Aufstände der neuen Minderheiten werden in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in einigen Ländern Europas auf der Agenda bleiben. Illusorisch aber ist es, die Einwanderer zur Kopie der Alteingesessenen zu machen. Wir müssen uns dessen bewusst werden und alles daransetzen, die Einwanderer, die in vielem anders sein werden als „wir“, zu guten Staatsbürgern zu machen, und zur Akzeptanz einer noch zu entwickelnden europäischen Leitkultur zu veranlassen, ja sich dieser zu assimilieren.

Es ist keineswegs logisch oder zwingend, dass der Einwanderer sich anpasst. Natürlich gibt es zahlreiche Beispiele dafür, wie etwa die tschechischen Einwanderer in Wien gegen 1900; sie haben sich – ganz überwiegend – selbst „germanisiert“, um den sozialen Aufstieg zu schaffen. Und sie haben nicht einmal die Wiener Küche wesentlich verändert, weil diese ja schon vorher böhmisch inspiriert war. Diese Tschechen waren angenehme Einwanderer und sind zu solchen Wienern geworden, wie man sich das gewünscht hat. Das wird sich auch in anderen Fällen – nicht nur in Wien, sondern europaweit – wiederholen.

Aber es gibt auch die Einwanderung, die verändert und verändern will. Das gilt in historischer Betrachtung nicht nur für erobernde Völker. So haben zum Beispiel friedliche deutsche Siedler als Einwanderer im Mittelalter weite Landstriche Mittel- und Osteuropas „umgevolkt“. Ein Little-China-Stadtteil zum Beispiel in einer US-Metropole ist zwar eine interessante Facette, aber keine gelungene Integration. Und die massive Einwanderung von Mexikanern hat die Struktur Kaliforniens nachhaltig verändert.

Einwanderungspolitik sollte schließlich auf ein friedliches Mit- und Nebeneinander sowohl der Einwanderer mit den Alteingesessenen als auch der unterschiedlichen Einwanderergruppen ausgerichtet sein. Sollte man dabei nicht Bevölkerungsgruppen bevorzugen, von denen Toleranz und Verständnis für Multikulturalität eher zu erwarten ist? Also etwa eher Buddhisten als Mohammedaner? Aber der Islam ist da, und es steht zu erwarten, dass nur ein Teil der Moslems beziehungsweise des Islam „europäisiert“ wird; ein anderer Teil wird in radikalen, dem Westen und der westlichen Kultur feindlich gesinnten Positionen bleiben, unfähig und unwillig, eine fremde Leitkultur anzunehmen oder auch Multikulturalismus zu akzeptieren.

Toleranz und Achtung müssen auf Gegenseitigkeit beruhen.

## **Toleranz und Kulturkampf**

Der Westen hat – so sagt der Islamkundler Hans-Peter Raddatz – eine Art Toleranzideologie entwickelt, die der westlichen Gesellschaft ein Verhalten nach muslimischen Forderungen aufzwingt.

Der Karikaturenstreit zwingt uns die Fragestellung auf, ob westliche Grundwerte verhandelbar sind.

Die Gewalteskalationen rufen – zumindest bei manchen – in Erinnerung, dass Freiheit und Grundrechte in schweren Kämpfen und mit vielen Opfern über Jahrhunderte erkämpft wurden: Darf eine Religionsgemeinschaft sich zum Herrn über Wort und Bild aufrufen und eine ganze Nation (Dänemark) in Haftung nehmen? (Thomas Assheuer, Die Zeit vom 16.2.2006)

Auch in liberalen Gesellschaften des Westen ist die Kollision zwischen Religion und Glauben einerseits und Freiheit und Wissen andererseits nicht überwunden. Sie findet aber nicht gewaltsam statt.

Es gibt Zweifel, ob es islamischen Gesellschaften gelingen wird, einen eigenen Weg in die kulturelle Moderne zu finden. Ein zielführender Dialog der Kulturen in der Weltöffentlichkeit ist noch nicht absehbar; kann es ihn nicht geben oder ist der Konflikt (wie Botho Strauß im Spiegel sagt) nicht zu lösen? Wir sollen ihn lösen wollen und zur Integration der bereits vorhandenen Einwanderer auch zu Konzessionen bereit sein. Aber wir dürfen nicht so dekadent sein, unsere zivilisatorischen Errungenschaften und politischen Werte in Frage stellen zu lassen.

Der so genannte Karikaturenstreit, also die vielfältigen und auch gewaltsamen Reaktionen in der islamischen Welt auf Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung, waren Anlass für die Tagung unseres Institutes am 28. März 2006 mit der Thematik „Kampf der Kulturen? Europa und der Islam“. An dieser Tagung nahmen außer den Autoren der hier abgedruckten Texte auch noch Anas Schakfeh, Präsident der islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich teil.

# KINDER UND GEWALT: OPFER UND TÄTER

*Herbert Scheibner*

## „KINDER UND GEWALT: OPFER UND TÄTER“

Ich halte die Diskussion zum sehr schwierigen, aber auch sehr aktuellen Thema „Kinder und Gewalt“ für notwendig. Ich selbst war ja mit einer Forderung vor einigen Wochen Auslöser für eine Debatte „Gewalt an Kindern, Gewalt von Kindern“. Wir haben anlässlich einer Fülle von Medienmeldungen zu Jugendkriminalität eine Überlegung gehabt, dass man die Strafbarkeitsgrenze von 14 auf 13 Jahre absenkt. Das war allerdings eine Forderung im Zusammenhang mit anderen Forderungen. Diese Forderung hat man aber gerne herausgegriffen und sehr scharf kritisiert. Uns wurde vorgeworfen, dass wir jetzt Kinder einsperren wollen. Dies ist natürlich überhaupt nicht der Fall, sondern ganz im Gegenteil: Wir wollen in Wahrheit ein Signal setzen, und das müssen wir setzen. Auf der einen Seite darf man Gewalt an Kindern nicht als Kavaliersdelikt betrachten, weil das oft auch die Ursache für Gewalt von Kindern ist; aber auch Gewalt von Kindern an Kindern oder an Erwachsenen ist keine Bagatelle, sondern ganz im Gegenteil, das entwickelt sich mittlerweile zu einem gravierenden Problem.

Ich wurde von einer unserer Expertinnen zu einem aktuellen Fall in Deutschland angesprochen, wo ein Sechzehnjähriger in einer Art Amoklauf rund 20 bis 25 Leute mit dem Messer niedergestochen hat. Das ist die Spitze eines Eisberges, man soll da nicht verallgemeinern und auch keine Ängste schüren. Ich glaube aber, dass die Politik und die Experten sich mit diesem Phänomen auseinandersetzen müssen, um rechtzeitig die Maßnahmen zu treffen, die im Interesse der Betroffenen, ich meine damit sowohl Opfer als auch Täter, liegen, damit hier etwas passiert. Die Schlagzeilen kennen sie wahrscheinlich: „Kinder überfielen eine Siebenundachtzigjährige“, „Dreizehnjährige Schüle-

rinnen als Ladendiebe erwischt“, „Kinderserienräuber“, „Neunjähriger mit Pistole ertappt“, „Dreizehnjähriger Schüler gestand 110 Straftaten“, „Schüler terrorisiert ein Stadtviertel“ und, und, und. Da könnte man noch eine ganze Reihe von Beispielen anbringen. Wir sehen, dass es bei all dieser Entwicklung relativ wenig Reaktion gibt,

Mit meiner Forderung, die Strafbarkeitsgrenze abzusenken, wollte ich im Prinzip ein Signal setzen, damit sich die Gesellschaft, die Politik, auch die Wissenschaft, vor allem aber die Sozialexperten mit diesem Phänomen auseinandersetzen.

Denn natürlich beginnt das Problem früher. Das Problem beginnt auch in den Familien, die sich auch die Frage, wie verhindert oder ahndet man Gewalt an Kindern beziehungsweise gegen Kinder stellen müssen. Auf der anderen Seite gilt es auch, die Augen aufzumachen und nicht wegzuschauen, wenn es vor allem auch in zerrütteten Familien die Problematik gibt, dass Kinder im wahrsten Sinne des Wortes verwahrlosen, ohne Aufsicht sind, ohne Führung sind, ohne Erziehung sind, dann in die Schulen kommen, wo es auch die entsprechenden Problematiken gibt, und sich dann auf einer schiefen Ebene in den Abgrund, in die Kriminalität befinden.

Es war Staatsanwalt Walter Geyer, der erst vor kurzem gesagt hat: „Die aktuelle Problematik ist, dass man in Wahrheit nichts tut bis 14. Mit 14 dann, also mit Beginn der Strafmündigkeit, landen diese Kinder oder Jugendlichen direkt im Kriminal – nämlich dann, wenn das Jugendstrafrecht eingreift, und das ist dann die Einbahnstraße ins Gefängnis.“

Ich glaube, man müsste hier früher ansetzen, alle notwendigen sozialpädagogischen Maßnahmen suchen

und finden, inklusive – und das ist ein sehr wichtiger Punkt – der Frage: Soll man Kinder, auch gegen den Willen der Eltern, aus dem Familienverband herausnehmen und in Heimen betreuen, in diversen Erziehungsinstitutionen, sie dort auch anhalten, um ihnen die entsprechende Betreuung zukommen lassen zu können? Das ist ja derzeit nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich, aber auch das sollte diskutiert werden.

Das hat eben nichts mit Einsperren zu tun, sondern mit einer entsprechenden sinnvollen Betreuung, um die Kinder aus einem problematischen Umfeld herauszunehmen und sie auf einen anderen Weg zu bringen.

Mit meiner Forderung, die Strafbarkeitsgrenze von 14 auf 13 Jahre zu senken, wobei natürlich klar ist, dass das nicht die Probleme insgesamt löst, sollte ein Signal gesetzt werden, es sollte eine Botschaft durchaus auch an die Jugendlichen sein. Wir sehen, dass es gerade bei den Dreizehnjährigen folgendes Problem gibt: Auf der einen Seite diskutiert man immer, die Kinder werden früher reif im positiven wie leider auch im negativen Sinne, und so wird diese Strafbarkeitsgrenze in dieser Altersgruppe als Freibrief für Straftaten gesehen. Meine Forderung – und ich sage es noch einmal – im Zusammenhang mit verschiedenen anderen Maßnahmen könnte ein Signal sein, dass eben die Rechtsordnung für alle gilt, dass sich auch Jugendliche an diese Rechtsordnung und an die Gesetze halten müssen, und dass es ansonsten eine entsprechende Sanktion gibt.

Ich glaube, es ist wichtig, dass man signalisiert: Straftaten sind kein Kavaliersdelikt, es gibt keinen Freibrief, sondern es gibt eine entsprechende Sanktion, um eben auch hier rechtzeitig einzugreifen, und nicht genau diese schiefe Ebene in das Strafrecht hinein zu ermöglichen oder zu gefährden.

Für mich ist interessant, dass so viele Strafrechtsexperten und auch Sozialexperten meinen Vorschlag einer solchen Maßnahme mit der Begründung kritisiert haben: Wenn diese Strafbarkeitsgrenze, also die Strafmündigkeitsgrenze abgesenkt wird, dann bedeutet das, dass man jetzt schon Kinder einsperrt. Also gerade wenn wir in Österreich stolz darauf sind, dass wir ein Jugendgerichtsgesetz haben, das immer wieder zu den modernsten Europas, ja weltweit gezählt wird, wo ja die Gefängnisstrafe das allerletzte Mittel sein sollte, und ich hoffe auch ist, dann wundert mich diese Kritik ein

bisschen. Mir ist es im Prinzip darum gegangen, dass man da andere Maßnahmen setzt, und das könnte man auch ins Gesetz hineinschreiben, dass es auch bei 13-, 14-, 15-Jährigen vielleicht sogar schon keine Gefängnisstrafen geben sollte, sondern andere Betreuungsmaßnahmen. Da sollte eben das gesamte andere Spektrum des Jugendgerichtsgesetzes zur Anwendung kommen, denn da gibt es ja eine ganze Fülle von richtigen Maßnahmen als Reaktion auf eine Straftat; man kann etwa ein Urteil ohne Strafe erlassen, das heißt, dass man hier nur ein Signal setzt: „Du hast hier eine Straftat begangen, das ist rechtswidrig, aber wir geben dir noch eine Chance, wir haben dir jetzt den sprichwörtlichen Wink mit dem Zaunpfahl gegeben. Du sollst jetzt noch keine Strafe bekommen, aber wir haben dir gezeigt, dass ist nicht in Ordnung, was du gemacht hast“.

Es gibt entsprechende Betreuungsmöglichkeiten, es gibt die Diversion, das heißt, dass sich der Täter mit der Straftat, aber auch mit dem Opfer auseinandersetzen muss. Man sollte hier auch Schadenswiedergutmachung betreiben, in Sozialeinrichtungen auch Leistungen erbringen und, und, und. Da gibt es eine ganze Fülle in diesem Jugendgerichtsgesetz für jugendliche Straftäter, abseits der Gefängnisstrafe, um genau ein Abgleiten in diese Bereiche zu verhindern.

Ich glaube, dass es durchaus sinnvoll wäre, darüber zu diskutieren, ob man eben auch schon für Dreizehnjährige dieses breite Spektrum an positiven Maßnahmen als Reaktion auf eine Straftat einsetzen könnte.

Es gibt ja im Jugendgerichtsgesetz die Regelung, dass selbst bei den 14- bis 16-Jährigen, die also schon strafmündig wären, diese Strafmündigkeit ausgesetzt ist, wenn aufgrund verschiedener Rahmenbedingungen die Einsicht in die Straftat bei den Jugendlichen im Speziellen nicht gegeben ist. Also sehe ich für diese Kritik, die hier angebracht worden ist, überhaupt keinen Raum.

Ich glaube, wir sollten die Gelegenheit wahrnehmen, mit Experten, aber auch mit den Repräsentanten der Politik diese Materie sehr, sehr intensiv zu diskutieren; denn ich glaube, gerade wenn wir auch die Situation in Osteuropa diskutieren, jetzt auch in Deutschland, aber auch in Österreich – wir sind hier keine Insel der Seligen, auch wenn manches noch vielleicht ein bisschen besser ist als anderswo – dann ist es unsere Aufgabe, gerade bei den Jugendlichen alles zu tun, um erstens einmal zu verhindern, dass sie in eine kriminelle Karie-



re hineinschlittern, und um ihnen eine Perspektive geben zu können. Da sind viele Maßnahmen notwendig, wie im Bildungsbereich, im Familienbereich, im Freizeitbereich, damit man ihnen eine Zukunftsperspektive in einer funktionierenden Gesellschaft ermöglicht. Auf der anderen Seite muss man ihnen aber auch klar machen, wenn das alles nicht angenommen wird und wenn der Jugendliche sich strafbar macht, dass es dann

auch eine Reaktion der Gesellschaft auf diese strafbaren Handlungen gibt. Auch hier sollte das breite Spektrum ausgenutzt werden: Resozialisierung, Auseinandersetzen mit der Straftat, Auseinandersetzen mit dem Opfer, Sozialdienste und so weiter. Eine Gefängnisstrafe sollte durch all diese Maßnahmen vermieden werden und nur als absolut letztes Mittel als Reaktion auf eine Straftat gesehen werden.

# ERFORDERT DIE ENTWICKLUNG DER KRIMINALITÄT UNMÜNDIGER NEUE ANTWORTEN?

## Vorbemerkungen

Immer wieder – mit auffallender Regelmäßigkeit – lenken Schlagzeilen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Phänomen Jugendkriminalität oder, wie zuletzt, sogar auf die Kriminalität<sup>1</sup> strafunmündiger Jugendlicher. Dazu dienen natürlich bevorzugt spektakuläre Einzelfälle, die medienwirksam aufbereitet werden, und nicht die typischen, eher banalen Erscheinungsformen der Kinder- und Jugendkriminalität. Die aktuelle Berichterstattung gilt zum einen den in letzter Zeit verstärkt auftretenden Gruppen von noch strafunmündigen Taschendieben und Taschendiebinen, die vor allem in Wien und anderen Großstädten stark frequentierte Orte wie Einkaufszentren, Großveranstaltungen und öffentliche Verkehrsmittel „unsicher“ machen. Zum anderen wurde über einzelne Jugendliche berichtet, die bei Eintritt in das Strafmündigkeitsalter, also an ihrem 14. Geburtstag, schon auf eine beträchtliche „kriminelle“ Laufbahn zurückblicken können, die durchaus auch schwerwiegende Delikte wie Raubüberfälle umfasst.

Aufgrund solcher Medienberichte wurde das Thema „Jugendkriminalität“ im Mai dieses Jahres auch in der politischen Diskussion aufgegriffen. *Herbert Scheibner*, der Obmann des Parlamentsclubs des BZÖ, löste durch seinen Vorschlag, im Rahmen eines Bündels verschiedener Maßnahmen gegen Kinder- und Jugendkriminalität auch die Strafmündigkeitsgrenze auf 13 Jahre zu senken, eine öffentliche Debatte aus. Um die Diskussion auf die Ebene einer Fachdebatte zu heben, veranstalteten das Internationale Institut für Liberale Politik Wien und der Freiheitliche Parlamentsklub –

BZÖ die Tagung zu dem Thema „Kinder und Gewalt: Opfer und Täter“, in deren Rahmen ich zu der Frage Stellung beziehen sollte, ob die Entwicklung der Kriminalität Unmündiger neue Antworten erfordere.

## Erkenntnisquellen zur „Kriminalität“ Unmündiger

Zu diesem Zweck ist zunächst auf Umfang und Entwicklung der Kriminalität Unmündiger einzugehen und darzustellen, inwiefern verlässliche Aussagen hierzu möglich sind. Die offiziellen Kriminalstatistiken geben hierüber nur sehr eingeschränkt Auskunft.

Die gerichtliche Kriminalstatistik, die lediglich Daten über strafgerichtlich verurteilte Personen enthält, scheidet als Erkenntnisquelle aus, da Strafunmündige eben gerade nicht gerichtlich verurteilt werden können.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) gibt zwar grundsätzlich auch über angezeigte Unmündige Auskunft, doch sind die einschlägigen Zahlen aus mehreren Gründen kaum aussagekräftig.

## Hellfeld versus Dunkelfeld

Zum einen kann die PKS schon definitionsgemäß nur über jene Personen Aussagen treffen, die zur Anzeige gelangt sind. Hierzu muss die strafbare Handlung den Behörden bekannt geworden und der Täter ermittelt worden sein. Die PKS zeigt somit nur das so genannte Hellfeld der Kriminalität.

Ein großer Teil der Straftaten wird aber aus unterschiedlichsten Gründen nicht den Strafverfolgungsbehörden angezeigt. Sei es beispielsweise, dass die Straf-

<sup>1</sup> Der Terminus Kriminalität wäre hier streng genommen unter Anführungszeichen zu setzen, da die PKS nur über Verdachtslagen berichtet und noch kein Gericht das Vorliegen einer Straftat festgestellt hat und im Hinblick darauf, dass Personen unter 14 Jahren noch nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, auch nicht feststellen kann.

tat nicht als solche entdeckt wird, dass die Zeugen den Aufwand der Anzeige nicht auf sich nehmen wollen, oder dass Zeuge oder Opfer Nachsicht mit dem (vielleicht noch sehr jungen) Täter haben und diesen nicht der Strafverfolgung aussetzen wollen.

Da das Dunkelfeld, also der Summe jener strafbaren Handlungen beziehungsweise Tatverdächtigen, die nicht zur Kenntnis der Strafverfolgungsbehörden gelangt sind, nicht nur von Delikt zu Delikt höchst unterschiedlich ist<sup>2</sup>, sondern allgemein von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst wird, kann sein Umfang jeweils nur auf der Grundlage von Dunkelfeldstudien, wie etwa Täter- oder Opferbefragungen, ungefähr geschätzt werden.

Diese Dunkelfeldstudien deuten einerseits darauf hin, dass das Dunkelfeld gerade bei Delikten, die Unmündige häufig begehen, wie etwa Ladendiebstahl, sehr hoch ist<sup>3</sup>, und andererseits, dass bei jugendlichen Tätern – unabhängig vom konkreten Delikt – die Anzeigebereitschaft generell niedriger ist als bei erwachsenen Tätern.<sup>4</sup> Dies hängt wohl auch damit zusammen, dass sich die Anzeigebereitschaft zur Deliktsschwere grundsätzlich direkt proportional verhält.<sup>5</sup>

Hinsichtlich unmündiger Täter und Täterinnen dürfte die Anzeigebereitschaft noch geringer als hinsichtlich Jugendlicher sein, zumal allgemein bekannt ist, dass strafunmündige Personen nicht strafrechtlich verfolgt werden können.<sup>6</sup> In diesem Bereich werden Anzeigen wohl eher nur in Ausnahmefällen erstattet, etwa weil eine Versicherungsleistung die Anzeigerstattung voraussetzt, oder weil durch die strafbare Handlung ein besonders gravierender Schaden verursacht wurde.

Der Anzeigebereitschaft von Opfern und Zeugen kommt aber insofern eine besonders große praktische Bedeutung zu, als rund 90 Prozent aller registrierten Straftaten auf diese Weise, nämlich durch Anzeigen aus der Bevölkerung, zur Kenntnis der Behörden gelangen.<sup>7</sup>

## Vorsicht bei der Interpretation der PKS

Da bei unmündigen Jugendlichen im Hinblick auf das große Dunkelfeld „bereits geringe Veränderungen der Relation von angezeigten zu nicht angezeigten Delikten beachtliche Veränderungen der polizeilich registrierten Tatverdächtigenzahlen“ bewirken können<sup>8</sup>, ist im Hinblick auf mögliche Schwankungen der Anzeigebereitschaft besondere Vorsicht bei der Interpretation der Entwicklung der angezeigten Kriminalität geboten.

So wird beispielsweise die auffallend geringe registrierte Kinderkriminalität in Frankfurt Mitte der 80er Jahre auch darauf zurückgeführt, dass die Frankfurter Polizei damals wegen der hohen Kriminalitätsbelastung „wenig Zeit“ hatte, „sich intensiv mit Bagatellstrafaten von Kindern auseinanderzusetzen“ und deshalb mit großen Kaufhäusern die Übereinkunft traf, dass bei Ladendiebstählen durch Kinder auf eine Anzeige verzichtet werden sollte, wenn Erziehungsberechtigte verständigt werden könnten.<sup>9</sup>

Umgekehrt kann ein verstärktes Engagement der Polizei zu einem merklichen Anstieg der registrierten Kriminalität führen: So stieg in Wien in den 90er Jahren die Zahl der registrierten 10- bis 13jährigen unmündigen Tatverdächtigen um die Hälfte an, nachdem im Be-

<sup>2</sup> So zeigte die im Jahr 2000 im Bezug auf das Kalenderjahr 1999 durchgeführte KFN-Schülerbefragung zu Jugendgewalt in Deutschland, dass die Anzeigequote unter den befragten Schülern bei Raub rund 22% betrug, bei Erpressung rund 18%, bei Körperverletzung mit Waffe 14%, bei Körperverletzung ohne Waffe rund 9% und bei sexueller Gewalt rund 8%. (*Bundesministerium des Inneren*, Erster Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2001, 501) Diese Befunde sind insofern für die vorliegende Fragestellung bedeutsam, als die Täter beider Geschlechter zu etwa vier Fünftel in Gruppen agierende andere Jugendliche waren. (*Bundesministerium des Inneren*, Erster Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2001, 498)

<sup>3</sup> *Hans-Dieter Schwind*, Kriminologie, eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen, 16. Aufl., 2006, 50. Ebenso *Mike Hough/Pat Mayhew*, The British Crime Survey: first report, London 1983, zitiert nach *Eisenberg*, Kriminologie, 6. Auflage, 639, wonach das Dunkelfeld bei Einbruch bei rund 50%, bei Körperverletzungen bei rund 80%, und bei Diebstahl (ohne Kfz) und Sachbeschädigung bei über 90% liegen soll.

<sup>4</sup> *Hans-Dieter Schwind*, Kriminologie, eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen, 16. Aufl., 2006, 400.

<sup>5</sup> *John van Kesteren/Pat Mayhew/Paul Nieuwebeerta*, Criminal Victimization in Seventeen Industrialised Countries. Key Findings from the 2000 International Crime Victim Survey, The Hague, 2000, Chapter 4, zitiert nach *Karl-Ludwig Kunz*, Kriminologie, 4. Aufl., 2004, 293.

<sup>6</sup> *Michael Walter*, Jugendkriminalität, 2. Auflage, 2001, 221.

<sup>7</sup> *Michael Walter*, Jugendkriminalität, 2. Auflage, 2001, 189 mit weiteren Verweisen.

<sup>8</sup> *Christian Pfeiffer/Peter Wetzels*, Kinder als Täter und Opfer, in DVJJ 4/1997, 347.

<sup>9</sup> *Christian Pfeiffer/Peter Wetzels*, Kinder als Täter und Opfer, in DVJJ 4/1997, 346.

reich der Wiener Polizei ein Referat zur Bekämpfung der Jugendkriminalität eingerichtet worden war. Durch den intensiven Kontakt mit der Jugendszene gelang es nämlich wiederholt, jugendliche Haupttäter samt einer großen Zahl unmündiger Mitläufer zu überführen. „Ein ins Gewicht fallender Teil der insoweit gestiegenen Täterzahlen muss daher auf eine erhöhte Verfolgungsintensität zurückzuführen sein“.<sup>10</sup>

Darüber hinaus erschweren Unwägbarkeiten im Bereich der Weiterleitung von Anzeigen und der daran gekoppelten Datenerfassung für statistische Zwecke die Interpretation der PKS. So sollen einzelne österreichische Sicherheitsdienststellen in der Vergangenheit regelwidrig auf die Weiterleitung ihrer Meinung nach geringfügiger bekannt gewordener Strafanzeigen verzichtet haben. Darüber hinaus wurden strafunmündige Tatverdächtige bisweilen nicht – wie grundsätzlich vorgeschrieben – angezeigt, sondern stattdessen bloß eine Meldung an die zuständige Jugendwohlfahrtsbehörde verfasst.<sup>11</sup> Eine eventuelle zwischenzeitige Änderung dieser Praktiken könnte theoretisch auch zu einem Anstieg der registrierten Kriminalität von Strafunmündigen beigetragen haben.

## Die Entwicklung der registrierten Kriminalität Unmündiger in Österreich

Auf all die genannten möglichen Einflussfaktoren ist bei der Interpretation der in Abbildung 1 dargestellten Entwicklung der bekannt gewordenen Kriminalität Unmündiger Bedacht zu nehmen. Da die angesprochenen Unwägbarkeiten umso größere Bedeutung erlangen, je jünger die betrachtete Personengruppe ist, möchte ich bei den folgenden Betrachtungen Personen, die jünger als 10 Jahre sind, ausklammern und mich auf die Gruppe der 10- bis 13-Jährigen beschränken, die ich fortan als „Unmündige“ bezeichne.

In Abbildung 1 werden die Veränderungen der jährlich registrierten Anzahl der 10- bis 13-jährigen Tatverdächtigen für den Zeitraum von 1975 bis 2004.<sup>12</sup> ge-

zeigt, wobei auffällt, dass von 1977 bis 1990 ein fast durchgehender Rückgang zu beobachten ist, während nach dem Tiefstand von 1214 registrierten unmündigen Tatverdächtigen im Jahr 1990 wieder ein rascher Anstieg erfolgte, der – abgebremst durch einen vorübergehenden Rückgang in den Jahren 1999 und 2000<sup>13</sup> – zu dem bisherigen Höchststand von 4721 unmündigen Tatverdächtigen im Jahr 2004 führte. Dies bedeutet einen Anstieg um 290 Prozent, also fast auf das Vierfache, innerhalb von 14 Jahren. Bezieht man dagegen den Wert des Jahres 2004 auf das Ausgangsjahr 1975, so liegt insgesamt „bloß“ eine Steigerung um 64 Prozent vor.

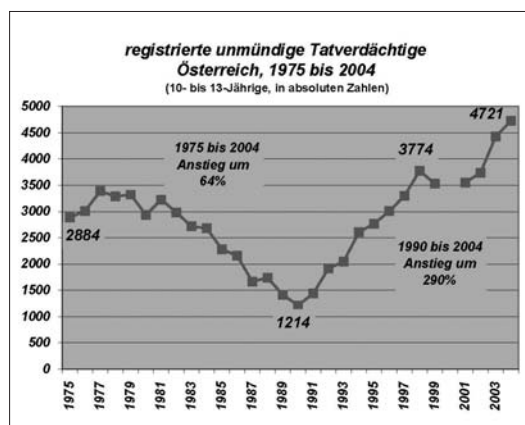


Abbildung 1

Die Betrachtung der absoluten Zahlen ist grundsätzlich insofern unzureichend, als nicht ersichtlich wird, inwiefern ein eventueller Wechsel von geburtenstarken und geburtenschwachen Jahrgängen die Zu- beziehungsweise Abnahme der registrierten Tatverdächtigen mit bedingt hat. Dies wird üblicherweise durch die Berechnung so genannter Kriminalitätsbelastungszahlen gewährleistet, die angeben, wie viele registrierte Tatverdächtige auf 100.000 der Vergleichsbevölkerung entfallen. Ich verzichte jedoch auf ihre Darstellung, da die entsprechende Kurve für Österreich nicht allzu wesentlich vom Entwicklungsverlauf der

<sup>10</sup> Franz Császár, Was mit Kriminalitätsstatistiken nicht passieren sollte, in Hans-Dieter Schwind ua (Hrsg), FS für Hans Joachim Schneider zum 70. Geburtstag, 117.

<sup>11</sup> Franz Császár, Was mit Kriminalitätsstatistiken nicht passieren sollte, in Hans-Dieter Schwind ua (Hrsg), FS für Hans Joachim Schneider zum 70. Geburtstag, 107.

<sup>12</sup> 1975 wurde als Ausgangsjahr gewählt, da hier das neue Strafgesetzbuch in Kraft trat; Die PKS 2005 wurde bislang noch nicht veröffentlicht.

<sup>13</sup> Den Wert für das Jahr 2000 kann man nur schätzen, da mit Februar dieses Jahres eine grundlegende Umstellung der Erhebungsrichtlinien der PKS erfolgte. Der auf der Basis der elf Monate Februar bis Dezember 2000 hochgerechnete Wert beträgt 3302, wurde aber in der Graphik nicht abgebildet, um den Kontinuitätsbruch zu verdeutlichen. Zu den erwarteten Auswirkungen der mit Februar 2000 eingeführten „Echttaetierzählung“ siehe Katharina Beclin, Was leistet die Polizeiliche Kriminalstatistik? in: SIAK-Journal 4/2005, 26.

absoluten Zahlen abweicht<sup>14</sup>, und weil umgekehrt die Kriminalitätsbelastungszahlen insofern „irreführend“ wären, als sie den Bezug aller unmündigen Tatverdächtigen zur unmündigen Wohnbevölkerung herstellen müssten<sup>15</sup>, ohne Rücksicht darauf, dass ein der Höhe nach unbekannter Anteil der fremden Tatverdächtigen nicht den Wohnsitz in Österreich hat.

Wie der Anstieg der registrierten Kinderkriminalität im Detail zu interpretieren ist, ist mangels entsprechender Dunkelfeldforschung in Österreich unklar. Schwind nennt hierzu für Deutschland drei mögliche Erklärungsansätze: Erstens könnte die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung zu- und die Toleranzschwelle abgenommen haben. Zweitens könnten Strafanzeigen, die sich gegen Strafunmündige richten, von der Polizei nun möglicherweise nicht mehr „mit geringerer Intensität“, sondern vielleicht sogar im Gegenteil besonderes engagiert bearbeitet werden. Und drittens könnte es sein, dass das sozial abweichende Verhalten von Kindern tatsächlich zunimmt.<sup>16</sup>

Wahrscheinlich wirken alle drei Faktoren zusammen, allerdings ist weder die Wirkungsrichtung der einzelnen Faktoren noch der jeweilige Anteil an der Erklärung der Entwicklung verlässlich abschätzbar.

Es gibt jedoch einige Anzeichen dafür, dass Veränderungen der Anzeigebereitschaft einen maßgeblichen Einfluss auf den Entwicklungsverlauf in Österreich hatten. Zum einen liegt der Tief- und Wendepunkt der Kurve kurz nach einem markanten Ereignis, nämlich dem Inkrafttreten des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) 1988. Nun ist bekannt, dass sowohl die öffentliche Diskussion im Vorfeld von Gesetzesnovellen als auch die begleitende Diskussion nach Inkrafttreten derselben maßgeblichen Einfluss auf die Rechtspraxis haben kann. Im konkreten Fall wäre es denkbar, dass die Diskussion um die Notwendigkeit eines neuen Jugendstrafrechts dazu geführt hat, dass vor Inkrafttreten des JGG 1988 vermehrt von einer Anzeigerstattung gegen (unmündige wie mündige) Jugendliche Abstand genommen wurde, um diese nicht der Strafverfolgung nach einem als unzeitgemäß empfundenen Gesetz

„auszusetzen“. Nach Inkrafttreten des neuen Jugendstrafrechts könnte jedoch – insbesondere im Zusammenhang mit rechtspolitischen Diskussionen über die Einführung neuer diversioneller Maßnahmen – die Anzeigebereitschaft wieder gestiegen sein, weil die öffentliche Präsenz des Themas die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf jugendliche Kriminelle und neue viel versprechende Reaktionsmuster gelenkt hat. So sehen vielleicht einige das neue Jugendstrafrecht als Möglichkeit, den Jugendlichen eine „Lehre zu erteilen“ ohne ihnen dadurch ernsthaft zu schaden.

Für diesen Erklärungsansatz spricht auch, dass der „Einbruch“ der Angezeigtenzahlen 1989 bzw. 1990 bei den Unmündigen höchst gravierend, bei den Jugendlichen immer noch sehr deutlich, bei den Erwachsenen hingegen nur minimal ausfiel. Dies zeigt Abbildung 2, wobei zwecks besserer Vergleichbarkeit der Kurvenverläufe auf eine Index-Darstellung zurückgegriffen wurde.

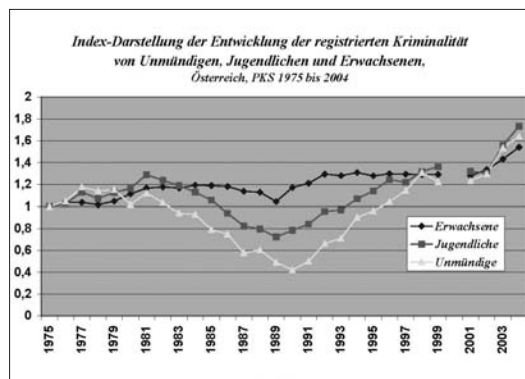


Abbildung 2

Ein weiteres Argument dafür, dass der Kurvenverlauf mit dem ausgeprägten Tal um 1989 mit der österreichischen Gesetzesreform zusammenhängen könnte, ist, dass die Kriminalitätsbelastung Jugendlicher in Deutschland seit vier Jahrzehnten eine deutlich steigende Tendenz aufweist.<sup>17</sup> Da üblicherweise die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland und Österreich zumindest annähernd ähnlich verläuft, erscheint es unwahrscheinlich, dass sich gerade die Kriminalität Ju-

<sup>14</sup> Man sieht allerdings, dass der absolute Rückgang der Anzeigen vor Inkrafttreten des JGG zum Teil auf einen Rückgang der unmündigen Wohnbevölkerung zurückzuführen sein dürfte, da der diesbezügliche Verlauf der BKBZ deutlich weniger steil verläuft. Der Anstieg von 1990 bis 2004 verläuft allerdings nur leicht abgeschwächt: Hier beträgt die Zunahme 244%. Folglich ist der Anstieg der BKBZ über den gesamten Zeitraum von 1975 bis 2004 deutlicher als bei den absoluten Zahlen: er liegt bei 116%.

<sup>15</sup> Dies liegt daran, dass die PKS keinerlei Rückschlüsse auf die Verteilung der Staatszugehörigkeit in einzelnen Altersgruppen zulässt.

<sup>16</sup> Hans-Dieter Schwind, Kriminologie, eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen, 16. Aufl., 2006, 64.

<sup>17</sup> Ulrich Eisenberg, Kriminologie, 6. Auflage, München 2005, 766.

gendlicher in den letzten Jahrzehnten höchst unterschiedlich entwickelt haben sollte.

## Zur Entwicklung der Gewaltkriminalität

Besondere Bedeutung im Rahmen der gesellschaftspolitischen Diskussion kommt – wegen ihres bedrohlichen Charakters – der Gewaltkriminalität zu. Deshalb soll auf diesen Aspekt gesondert eingegangen werden, wobei ich von einem kriminologischen Verständnis des Begriffes Gewaltkriminalität ausgehe und darunter sämtliche Delikte verstehe, die Gewalt gegen Personen oder die Drohung mit solcher Gewalt voraussetzen.

Im Jahr 2004 wurden 950 Unmündige wegen eines Gewaltdeliktes angezeigt, wobei 726 oder 76 Prozent dieser Anzeigen wegen Körperverletzungen erfolgten. Daneben kam es zu 67 Anzeigen wegen gefährlicher Drohung, 65 Anzeigen wegen Raubes, 44 Anzeigen wegen Raufhandels, 28 Anzeigen wegen Nötigung und 12 Anzeigen wegen Erpressung<sup>18</sup>.

1975 wurden von den insgesamt 262 wegen eines Gewaltdeliktes angezeigten Unmündigen 219 oder 84 Prozent wegen Körperverletzungen angezeigt, 22 wegen Raubes und 12 wegen Erpressung.<sup>19</sup>

Die absolute Zahl der wegen eines Gewaltdeliktes angezeigten Unmündigen stieg in diesem Zeitraum somit um 262 Prozent. Da in demselben Zeitraum die 10- bis 13jährige Wohnbevölkerung rückläufig war, stieg die einschlägige Kriminalitätsbelastung dieser Altersgruppe noch deutlich stärker: Die Besondere Kriminalitätsbelastungszahl (BKBZ), die angibt, wie viele Angezeigte jeweils auf 100.000 der Wohnbevölkerung der entsprechenden Altersgruppe entfallen, lag für Unmündige hinsichtlich Gewaltdelikten im Jahr 1975 bei 51, im Jahr 2004 hingegen bei 244, also um rund 380 Prozent höher.<sup>20</sup>

In Abbildung 3 wird nun die Entwicklung der Kriminalitätsbelastung von Strafunmündigen und Jugendlichen betreffend Körperverletzungsdelikte gegenübergestellt, also hinsichtlich der quantitativ be-

deutlichsten Deliktskategorie, derentwegen im Jahr 1975 84 Prozent und im Jahr 2004 76 Prozent aller wegen Gewaltdelikten angezeigten Unmündigen registriert wurden.

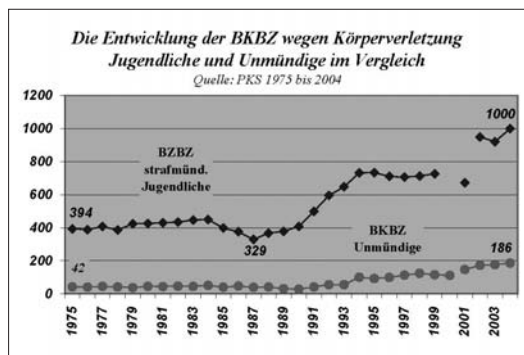


Abbildung 3

Das Ausmaß des prozentuellen Anstiegs der Kriminalitätsbelastung Unmündiger in Bezug auf Körperverletzungsdelikte<sup>21</sup> erscheint auf den ersten Blick tatsächlich bedrohlich: von 1975 bis 2004 stieg der Wert um 343 Prozent, also fast auf das Viereinhalbfache! Dieser „Befund“ ist aber in verschiedener Hinsicht zu relativieren:

So lag im Jahr 1975 mit einer BKBZ von 42 eine sehr niedrige Ausgangsbasis vor.

Weiters erfolgt seit der Umstellung der Zählvorschriften der PKS im Jahr 2000 die Zählung aller Tatverdächtigen bei jedem Delikt, das sie verwirklicht haben, und nicht wie bisher nur beim so genannten „führenden Delikt“. Dadurch würden nun insbesondere bei geringfügigeren Delikten wie der leichten Körperverletzung gemäß § 83 StGB auch bei gleich bleibenden realen Tatverdächtigenzahlen tendenziell mehr Tatverdächtige aufscheinen als früher.

Gerade dieses Delikt, nämlich die leichte Körperverletzung, ist aber Gegenstand von 97 Prozent aller im Jahr 2004 erfolgten Anzeigen wegen Körperverletzungen, während nur drei Prozent auf den Verdacht einer schweren Körperverletzung zurückzuführen waren.<sup>22</sup>

<sup>18</sup> Die restlichen 8 Anzeigen verteilten sich auf Vergewaltigung (3), geschlechtliche Nötigung (2), Hausfriedensbruch (2), und Mord (1).

<sup>19</sup> Die restlichen 9 Anzeigen verteilten sich auf gefährliche Drohungen (4), Nötigungen (2), Raufhandel (2) und Mord (1).

<sup>20</sup> Da im Bereich der Gewaltkriminalität Täter mit Wohnsitz außerhalb Österreichs erfahrungsgemäß keine quantitativ bedeutsame Rolle spielen, ist die Gefahr einer diesbezüglichen Verzerrung der BKBZ gering.

<sup>21</sup> Hier sind die leichte Körperverletzung nach § 83 und die schwere Körperverletzung nach § 84 StGB erfasst, wobei letztere nur einen marginalen Anteil einnimmt. Da diese beiden Delikte jedoch in der PKS bis 1999 in einer Summe ausgewiesen waren, musste ich sie in der Darstellung der Zeitreihe zusammenfassen.

<sup>22</sup> Dieser Prozentverteilung kommt insofern nur der Stellenwert einer Schätzung zu, als seit der Umstellung der Zählweise der PKS Mehrfachnennungen bei verschiedenen Delikten möglich sind.

Zuletzt dürfte die gestiegene Anzeigebereitschaft hier durchaus eine Rolle für die Entwicklung der registrierten Kriminalität spielen. So zeigen Dunkelfelderhebungen aus Deutschland, genauer gesagt die Ergebnisse von Schülerbefragungen aus den Jahren 1997 und 1999 in den deutschen Städten Hamburg, Hannover, Leipzig und München, dass die Anzeigerate bei Gewaltdelikten in diesem Zeitraum gestiegen ist.<sup>23</sup>

Von den anderen Gewaltdelikten, die – wenngleich mit sehr großem Abstand hinter den Körperverletzungsdelikten – im fraglichen Zeitraum an Bedeutung gewonnen haben, nämlich Raufhandel, Nötigung, gefährliche Drohung und Raub, sei zunächst der erstgenannte Tatbestand hervorgehoben, da hier der Anstieg der Anzeigen in erster Linie auf eine Gesetzesänderung zurückzuführen sein dürfte. Der Hauptanstieg erfolgte nämlich erst ab 1997, nachdem der neue Absatz 2 des § 91 StGB<sup>24</sup> in Kraft getreten war. Dieser setzt nämlich nicht wie Abs. 1 eine schwere Körperverletzung voraus, sondern lässt für den Fall eines „Angriffs mehrerer“ bereits eine leichte Körperverletzung für den Eintritt der Strafbarkeit infolge Teilnahme an diesem Angriff genügen.

Der Anstieg der Anzeigen wegen Raubes auf das Dreifache ist ebenfalls bemerkenswert, zumal hier der Einfluss von Änderungen der Anzeigebereitschaft angesichts der relativen Eingriffsschwere des Delikts eher gering sein dürfte. Dies wäre höchstens für den Bereich minderschwerer Raubtaten im „Freundeskreis“ oder im nachbarschaftlichen Kontext denkbar. Der Anstieg der Raubkriminalität dürfte dagegen zu einem großen Teil dadurch erklärt werden können, dass sich neuerdings wesentlich mehr Tatgelegenheiten für Raub durch Unmündige – insbesondere unter Gleichaltrigen – bieten. Handys, MP3-Player, Gameboys und ähnlich teure elektronische Geräte, die vor 30 Jahren unter Erwachsenen als Luxusgut galten, sind heute unter Kindern ebenso weit verbreitet wie teure Markenkleidung.

## Die Deliktsstruktur der Kriminalität Unmündiger

Die Gewaltkriminalität spielt zwar in der gesellschaftspolitischen Diskussion eine bedeutsame Rolle, nicht jedoch hinsichtlich Ihres quantitativen Anteils an der Kriminalität Unmündiger. Dies zeigt Abbildung 4, die die Deliktsstruktur der Anzeigen gegen Unmündige für das Jahr 2004 darstellt.<sup>25</sup>

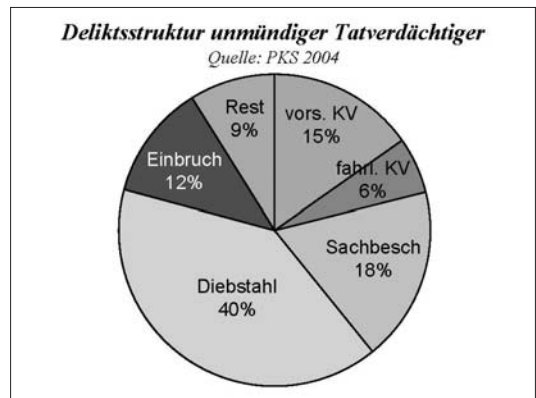


Abbildung 4

Hier dominieren ganz klar Vermögensdelikte mit Bereicherungsvorsatz mit insgesamt 52 Prozent, während Gewaltkriminalität im Sinne der obigen Abgrenzung nur einen Anteil von 22 Prozent bildet. Bei der „Einzelwertung“ spezieller Deliktgruppen steht der Diebstahl<sup>26</sup> mit 40 Prozent an der Spitze, gefolgt von Sachbeschädigung (18%), vorsätzlicher Körperverletzung (15%) und Einbruch (12%).

## Mögliche Gründe für den Anstieg der registrierten Kriminalität Unmündiger

Nach der Darstellung von Entwicklung und Struktur der registrierten Kriminalität Unmündiger möchte ich nochmals die erwähnten Erklärungsansätze für diese Entwicklung zusammenfassen und um einzelne deliktbezogene Ansätze erweitern.

Neben dem mehrfach erwähnten möglichen Anstieg der Anzeigebereitschaft, der jedenfalls für den Bereich

<sup>23</sup> Bundesministerium des Inneren, Erster Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2001, 504.

<sup>24</sup> Vgl. BGBl 1996/762 (Strafrechtsänderungsgesetz 1996).

<sup>25</sup> Hierbei handelt es sich aber nur um eine ungefähre Schätzung, zumal seit der Umstellung der Zählweise der PKS Mehrfachnennungen bei verschiedenen Delikten möglich sind.

<sup>26</sup> Davon entfallen 66% auf einfache Diebstähle, 18% auf Entwendungen und 16% auf gewerbsmäßige Diebstähle.

der Gewaltdelikte eine Rolle spielen dürfte, kann auch die verstärkte „proaktive“ Tätigkeit der Polizei – etwa durch die oben genannte Einrichtung von Referaten mit Sonderzuständigkeit – eine Rolle spielen.

Eine weitere Mitursache des Anstiegs der registrierten Kriminalität ist offensichtlich der Anstieg der Anzahl registrierter strafunmündiger Mädchen, die im Jahr 1975 bloß einen Anteil von 9,8 Prozent aller registrierten Unmündigen stellten, im Jahr 2004 aber bereits einen Anteil von 25,5 Prozent. Auch hier bleibt allerdings offen, inwieweit es sich hierbei um einen realen Anstieg der Mädchenkriminalität handelt oder bloß um eine Aufhellung des bestehenden Dunkelfeldes.

Auch der mögliche Anstieg des Anteils fremder – teilweise grenzüberschreitend aktiver – unmündiger Tatverdächtiger ist zu thematisieren, zumal Erfahrungsberichte aus der polizeilichen Praxis auf einen solchen Anstieg im Bereich der Vermögenskriminalität hindeuten. Mangels Verknüpfbarkeit der Merkmale Alter und Staatsbürgerschaft kann die PKS hierüber jedoch leider keinen Aufschluss geben.

Der Anstieg der registrierten Diebstahlsanzeigen gegen Unmündige von rund 1000 im Jahr 1975 auf rund 1600 im Jahr 2004 wird wohl zu einem gewissen Teil auf das Boomen von Einkaufsmärkten auf Selbstbedienungsbasis und den damit verbundenen verstärkten Einsatz von Kaufhausdetektiven zurückzuführen sein.

<sup>27</sup> Zu den am Beginn des Beitrages angesprochenen strafunmündigen Taschendieben ist anzumerken, dass hier tatsächlich ein markanter Anstieg der Kriminalität vorliegen dürfte. Allerdings verdienen diese Täter wohl eher als „Opfer“ unsere politische Aufmerksamkeit. Dies verdeutlicht ein Bericht aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 25.3.1998, wonach im Jahr 1996 in Köln 25 rumänische „Bosse“ Kinder, die ihren Eltern abgekauft oder in Heimen rekrutiert worden waren, zwangen, pro Tag rund 25 Taschendiebstähle zu begehen. Kinder, die nicht „spurten“, seien misshandelt worden.<sup>28</sup>

Hinsichtlich Raubkriminalität und Ladendiebstahl wurden bereits die stark gestiegenen Tatgelegenheiten angesprochen. Dieser Aspekt trifft aber insofern auf

nahezu alle Sparten der Kriminalität von Unmündigen zu, als (auch strafunmündige) Jugendliche heutzutage tendenziell über weit mehr unkontrollierte oder zumindest wenig kontrollierte Freiräume verfügen als noch vor ein oder zwei Jahrzehnten. Auch ist das gesellschaftliche Umfeld heute komplexer und die damit verbundenen Herausforderungen an die Jugendlichen sind merklich größer geworden.

## Sollen Strafunmündige verstärkt zur Verantwortung gezogen werden?

Die frühere und intensivere Teilnahme von Jugendlichen am öffentlichen Leben sowie der Umstand, dass sie neuerdings in vielen Bereichen eher selbstverantwortlich agieren (müssen), wird bisweilen als Zeichen für eine heute im Regelfall früher eintretende Reife der Jugendlichen interpretiert. In Anbetracht dieser früheren Reife sei auch eine vorgezogene strafrechtliche Verantwortlichkeit vertretbar.

Die These von der angeblich früheren Mündigkeit Jugendlicher wurde allerdings durch neuere Erkenntnisse relativiert. „Zwar haben Kinder heute bessere Möglichkeiten, sich zu orientieren und zu informieren, (...) aber dieser Vorteil wird wieder ausgeglichen durch die höhere Komplexität der Welt, in der sie sich zurechtfinden müssen.“<sup>29</sup>

Mangels ausreichender Belege für eine früher eintretende Reife sollte aber schon im Hinblick auf das Schuldprinzip davon Abstand genommen werden, die Strafmündigkeitsgrenze zu senken.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Bedenken gibt aber auch die Entwicklung der registrierten Kriminalität Unmündiger meines Erachtens bei näherer Betrachtung keinen Anlass zur Absenkung der Strafmündigkeitsgrenze.

Die Anzahl der registrierten unmündigen Tatverdächtigen ist zwar in den letzten 14 Jahren ganz massiv – nämlich um 290 Prozent – gestiegen, ein verlässlicher Rückschluss auf einen ähnlich bedeutsamen Anstieg der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung ist jedoch nicht möglich.

<sup>27</sup> Vgl. hierzu *Hans-Dieter Schwind*, *Kriminologie, eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen*, 16. Aufl., 2006,

<sup>28</sup> Zitiert nach *Hans-Dieter Schwind*, *Kriminologie, eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen*, 16. Aufl., 2006, 64.

<sup>29</sup> *Carola Heitlinger*, *Die Altersgrenze der Strafmündigkeit, Eine Untersuchung entwicklungspsychologischer und kriminalpolitischer Aspekte unter Berücksichtigung der neueren Rechtsentwicklung in Europa*, Hamburg 2004, 311.



Schließlich weiß man aus Dunkelfelduntersuchungen, dass grundsätzlich fast alle Jugendlichen zumindest einmal in ihrem Leben als „Täter“ in Erscheinung treten, dass aber diese Jugendkriminalität – und wohl umso mehr die typische Kriminalität Unmündiger – in aller Regel ein vorübergehendes Phänomen ist, das mit zunehmender Reife des Menschen wieder verschwindet, und zwar unabhängig von einer Sanktionierung des abweichenden Verhaltens. Frühzeitiges konsequentes Einschreiten könnte hier unter Umständen mehr Schaden als Nutzen nach sich ziehen.<sup>30</sup>

Die Ursachen für hartnäckiges abweichendes Verhalten von Jugendlichen liegen überdies häufig im persönlichen Umfeld und in der psychischen Verfassung der Betroffenen begründet.<sup>31</sup> Im Hinblick auf diese Problemfelder scheinen Interventionen mit Mitteln des Strafrechts – inklusive diversioneller Maßnahmen – auch deutlich weniger geeignet als jugendwohlfahrtsrechtliche Verfügungen, weshalb den letztgenannten – nicht nur im Hinblick auf das „ultima-ratio-Prinzip“ des Strafrechts – jedenfalls der Vorzug einzuräumen ist!

---

<sup>30</sup> *Carola Heitlinger*, Die Altersgrenze der Strafmündigkeit, Eine Untersuchung entwicklungspsychologischer und kriminalpolitischer Aspekte unter Berücksichtigung der neueren Rechtsentwicklung in Europa, Hamburg 2004, 311.

<sup>31</sup> *Carola Heitlinger*, Die Altersgrenze der Strafmündigkeit, Eine Untersuchung entwicklungspsychologischer und kriminalpolitischer Aspekte unter Berücksichtigung der neueren Rechtsentwicklung in Europa, Hamburg 2004, 312.

*Karin Gastinger*

# EIN POLITISCHES STATEMENT ZUM THEMA KINDER UND GEWALT

Das Thema „Kinder und Gewalt – Opfer oder Täter“ wird derzeit viel diskutiert. Täglich neue Medienberichte von rumänischen oder bulgarischen Kindern als Taschendiebe, Gewaltexzesse an Schulen und so weiter heizen die Stimmung an.

Kinder sind nach meiner Überzeugung in diesem Zusammenhang stets Opfer.

Das Wort „Täter“ möchte ich mit doppeltem Fragezeichen versehen. Täter sind Kinder vielleicht in der Wahrnehmung der Exekutive und der Medien, die uns nahezu täglich von kriminellen Handlungen sehr junger Menschen berichten. Sollen wir diese Vereinfachung aber unhinterfragt hinnehmen und nach den Mitteln des Strafrechts rufen? Nein, wir müssen uns bewusst sein, dass es sich stets um Opfer handelt. Akzeptiert man einen weiten Begriff des Missbrauchs, so steht hinter all den Vorfällen, die uns heute als Erscheinungsformen der Jugendkriminalität berichtet werden, ein Missbrauch der kindlichen Seele.

Vereinsamung, Gleichgültigkeit der Eltern oder Versagen der Gesellschaft, Werte zu vermitteln, geben Kindern immer weniger das Gefühl, das sie in erster Linie brauchen – nämlich geliebt und angenommen zu werden.

Natürlich gibt es auch den harten Missbrauch, etwa jenen, der sich allein gelassener ausländischer Kinder zum Zweck krimineller Machenschaften bedient. Hier bitte ich doch um Differenzierung in der Darstellung: Nicht die Kinder, die zu Taschendieben ausgebildet werden, sind die Täter, sondern jene, die sich ihrer als Werkzeug bedienen, aber auch jene, die ihnen in diesem Wissen Unterkunft geben oder sie in das Land befördern. Diesen Hinterleuten muss unsere Missachtung gelten, gegen sie muss mit der scharfen Waffe des Strafrechts vorgegangen werden. Für Kinder gilt anderes, ihnen muss die Fürsorge der Gesellschaft gelten. Es muss ihnen die Möglichkeit eröffnet werden, sich neu

zu orientieren, Vertrauen zu fassen, eine Ausbildung zu beginnen oder fortzusetzen, um sich in die Gesellschaft wieder zu integrieren. Wir haben auf diesem Gebiet in Zusammenarbeit mit Rumänien und Bulgarien mit der Unterstützung für die Einrichtung entsprechender Erziehungsanstalten auch bereits erste Erfolge erzielt, die zeigen, dass es Wege abseits des Strafrechts gibt, um den Problemen wirksam entgegen zu treten.

Natürlich gilt es, die Bürger und Bürgerinnen zu schützen. Aber muss es immer das Strafrecht sein? Sind nicht wir als Politikerinnen und Politiker auch mitverantwortlich für Fehlentwicklungen, denen wir nur beobachtend und manchmal beklagend zuschauen?

Ich darf hier auch auf meine Bemühungen verweisen, den geänderten Formen des Zusammenlebens, den neuen Begriffen der Familie entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen. Wir müssen sehr darauf achten, dass Kinder nach dem Erleben einer Trennung ihrer Eltern in neue Beziehungen integriert werden und sie erkennen, dass Kontakt und Zuneigung neuer Lebenspartner ihrer Eltern auch für sie neue Chancen bieten. Dazu bedarf es aber der Sicherheit ihrer Eltern und der rechtlichen Anerkennung neuer Partnerschaftsmodelle.

Nicht zuschauen, bis man einsperren darf – dieses von Staatsanwalt Walter Geyer in die Diskussion geworfenes Motto gefällt mir sehr gut. Fehlentwicklungen erkennen und die richtigen Schlüsse ziehen, das geht auch ohne die Mittel des Strafrechts. Hier bedarf es neuer Wege in der Jugendwohlfahrt, die nicht von falsch verstandener Liberalität geprägt sind.

Persönlichen Deformationen und Fehlentwicklungen ist mit Entschiedenheit entgegen zu treten, wobei wir ja wissen, dass pädagogische Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen eine hohe Erfolgsrate haben. Kinder bedürfen nicht der Erfahrung des Eingesperrtseins, sie bedürfen vielmehr einer entschlossenen Zuwendung,

einer intensiven Betreuung, um Fehlentwicklungen korrigieren zu können. Sind für diesen Zweck Eltern oder schulische Einrichtungen nicht geeignet, so müssen der Staat und die öffentliche Jugendwohlfahrt sich dieser Aufgabe widmen, wenn es sein muss, auch mit „harten“ Maßnahmen, etwa der Entziehung der elterlichen Rechte und der Unterbringung in besonderen Erziehungsanstalten. Manchmal bedarf es eines „Zwangs“, sich Problemen zu stellen, Werte zu vermitteln. Aber gerade das geht bei Kindern auch mit Mitteln des Familien- und Jugendwohlfahrtsrechts.

Haftanstalten sind jedenfalls nicht geeignet, Kindern Geborgenheit und Zuneigung zu vermitteln.

Bei strafmündigen jungen Menschen können und wollen wir nicht auf die Mittel des Strafrechts verzichten, sie müssen jedoch zielgerichteter eingesetzt werden.

Hier ist vor allem gemeinnützige Arbeit als Sanktion vorstellbar.

Junge Menschen müssen spüren, dass ihr Fehlverhalten Konsequenzen auslöst; ihr Verdrängungswille, der durch eine bloß bedingt ausgesprochene Verurteilung ohne weitere Folgen gefördert wird, muss durchbrochen werden.

Aber auch hier gilt, Strafe soll in erster Linie Mittel sein, sich mit der Tat und ihren Folgen auseinander zu setzen. Haft soll und muss als ultima ratio eingesetzt werden.

Dem Gedanken der Prävention muss jedenfalls bei all diesen Überlegungen der unbedingte Vorrang eingeräumt werden, um nicht junge Menschen für das Versagen einer ganzen Gesellschaft, ihnen Reife zu vermitteln, allein verantwortlich zu machen.

# KINDER UND GEWALT: OPFER UND TÄTER

Kinder und Jugendliche leben und agieren so, wie sie es von ihren Eltern, ihrem sozialen Umfeld gelernt haben.

Und da auch Gewalt in den Familien zunimmt, ist eine logische Folge, dass Gewalt unter Kindern und Jugendlichen zunimmt. In Wien verzeichnet die MAG ELF (Amt für Jugend und Familie) einen Anstieg von Abklärungsverfahren wegen Gewalt in der Familie von 5277 (2001) auf 7994 (2004) – Tendenz steigend.

Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, wenig Aussicht auf eine befriedigende Berufsausbildung und steigende Armut erzeugen bei Jugendlichen und schon bei Kindern eine Perspektivlosigkeit.

Gewalt ist auch immer die Folge von Sprachlosigkeit.

Kinder und Jugendliche erleben, dass als einzige Konfliktlösungsstrategie überwiegend Gewalt vorgelebt wird. Der Stärkere unterdrückt den Schwächeren.

Hier muss angesetzt werden. Man muss Kindern und Jugendlichen wieder zeigen, dass Konflikte nachhaltiger durch Gespräche gelöst werden können.

Auch fehlt Kindern und Jugendlichen heute zunehmend autonomer Raum, um die eigene Kreativität entfalten zu können.

Das Schlagwort Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist zwar heute in aller Munde, übersehen wird dabei oft, dass vielen Jugendlichen dafür die Voraussetzungen fehlen. Sie müssen erst fit gemacht werden, um partizipieren zu können.

Rufe nach Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters von 14 Jahren auf 13 verstummen nicht, ebenso die Forderung nach Errichtung geschlossener Heime.

Die MAG ELF lehnt sowohl die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters als auch die Errichtung geschlossenen Heime entschieden ab.

Wir verstehen uns als eine helfende Organisation und nicht als eine, die Wegsperrern oder Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen unterstützt.

Die Probleme würden sich zwangsläufig weiter verschoben hin zu den 12-Jährigen.

Aber es werden, etwa in Deutschland, auch wieder geschlossenen Heime eingerichtet – und auch wenn sie als „Gefängnisse der Liebe“ schön geredet werden, bleiben sie geschlossene Anstalten, in denen Jugendliche, oft noch Kinder, weggesperrt werden. Und der „Erfolg“ dieser Einrichtungen ist in der Fachwelt höchst umstritten.

Jugendarbeit muss vor Ort in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen ansetzen, also noch lange bevor eine Institution, wie das Jugendamt, das den Kinderschutz und die Sicherung des Kindeswohls zur Aufgabe hat, ansetzt.

Wir müssen Kinder und Jugendliche als Chance für die Zukunft wahrnehmen – und nicht als Problem.

Wir müssen ihnen gute Voraussetzungen für ihre Zukunft schaffen: gewaltfreie Erziehung; gute, solide Ausbildung; Chancengleichheit und ausreichende Arbeitsplätze. Nur so können wir der steigenden Gewaltbereitschaft von Kindern und Jugendlichen begegnen.

- Kinder, Jugendliche, Familien, Bildung müssen der Mittelpunkt und zentrales Anliegen von Politik sein
- Dafür müssen ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden
- Jugendarbeit muss in der Welt von Jugendlichen ansetzen und muss Kinder und Jugendliche ernst nehmen
- Benachteiligte Kinder und Jugendliche müssen kontinuierlich unterstützt werden

Dazu braucht es neue Denkansätze, ist interdisziplinäre Arbeit erforderlich und die Partizipation derer, um die es geht, ist notwendig.

Astrid v. Friesen

# „KINDER UND GEWALT. OPFER UND TÄTER“

Tagung des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien  
und des Freiheitlichen Parlamentsklubs am 30.5.2006

## „Wer Gewalt sät... Eltern heute: Eine unbekannte Größe?“

Eltern fühlen sich schlecht. Ständig. Sie tragen schwer am schlechten Gewissen, leiden unter Minderwertigkeitsgefühlen und aggressiver Abwehr. Speziell Mütter tragen dieses Leid hörbar und laut vor sich her! Sie fühlen sich ununterbrochen kritisiert. Seltsam, denn ich kenne fast niemanden, der es sich traut, Eltern zu kritisieren. Frage: Würden Sie ihrer besten Freundin, ihrem Lieblingsbruder, geschweige denn Ihrer Schwägerin oder Schwiegertochter Erziehungsfehler vorhalten? Vielleicht ein, zwei Mal, aber dann wegen völlig überzogener, wütender, quasi um sich schlagender Abwehr es sein lassen. Manche Freundschaft ist deswegen auf Nullkontakt reduziert worden, manche Familie hat sich gespalten.

Auf der anderen Seite: Unter Eltern gibt es **wenig Bereitschaft, Rat anzunehmen**, es werden selten Fragen an die Älteren gestellt, wie der Alltag sinnvoll zu bewältigen wäre. Die Folgen: keinerlei Veränderungen selbst beim simpelsten Verhalten, bei offensichtlichen Fehlern, bei gravierendem eigenem Fehlverhalten, auch bei der kindlichen und der eigenen Verzweiflung, mit Schulversagen oder psychosomatischen Störungen.

Das bezieht sich auch auf gebildete Erwachsene. Natürlich stellt sich immer wieder die brennende Frage, wie man **bildungsferne Eltern** (ca. 20-30 Prozent der Bevölkerung und bei der dort vorhandenen großen Kinderzahl mit zunehmender Tendenz) mit pädagogischen Inhalten auch nur ansatzweise in Berührung bringt. Die „Supernanny“ im Fernsehen ist eine Methode, „Elternführerscheine“ geknüpft an Kreditvergaben eine andere. Oder das Projekt „Elternschule“ in Grundschulen,

dort wo Mütter ihre Kinder abliefern und noch „gegriffen“ werden können, um mit ihnen zu reden, bestenfalls mit ihnen zu arbeiten und Deutschkurse anzubieten.

Doch generell lässt sich sagen:

**Eltern werden geschont!** Von allen, überall! Bei nahezu keinem Medienbeitrag über das bundesdeutsche PISA-Desaster, über das Thema „Medienverwahrlosung bei Kindern“, über Gewalt durch Jugendliche und so weiter wurde bislang konkret nach dem Elternverhalten gefragt. Das ist sakrosankt. In den Medien heißt es lediglich: „die Umstände, die Kinderfeindlichkeit, der schlechte Einfluss, die Medien“ und so weiter. Als würden die Fernsehgeräte, die bei rund 50 Prozent aller Grundschulkindern im Kinderzimmer stehen nicht von Erwachsenen gekauft, von ihnen bezahlt, nach Hause geschleppt und dort installiert werden. Man hat vielmehr den Eindruck: Diese Geräte fallen vom Himmel. Niemand ist dafür verantwortlich, es gibt nur Umstände!

Ein anderes Beispiel: Die festliche Abschlussfeier einer Hauptschulklasse: Nur 30 Prozent der Eltern sind anwesend! 70 Prozent erscheinen nicht! Das zeugt von seelischer Gefühlskälte, von Ignoranz, von aggressiver Kränkung den eigenen Kindern gegenüber! Und von Angst! Aber niemand spricht es wirklich aus, geschweige denn, dass sie konfrontiert werden!

## Was ist los mit den Eltern? Sieben Thesen

1. Die jetzige Elterngeneration hat wenig Erfahrung, zu **wenig Lebenserfahrung** aus erster Hand! Denn sie sind – zumindest in Westdeutschland – bereits vor dem Fernseher groß geworden. Die seit den 60er Jahren Geborenen sind „Wirklichkeitsflüchtlinge“ (Walter Wüllenweber) ohne handgreifliche Er-

fahrungen im Leben, ohne Vorstellungen, was Babys brauchen, wie man einen Brei kocht, ohne Kinderlieder zu kennen. Gelähmt, selbst in der eigenen Beweglichkeit schon eingeschränkt durch die Medien, ohne Impulse, mit totgemachter Neugier, ohne die eigene Erfahrung, wie wunderbar es sein könnte, mit den Kindern in den Wald zu gehen und Buden zu bauen!

2. Hinzu kommt eine gravierende **Realitätsferne**. Wie eine junge, akademisch gebildete Mutter es am 15. Lebenstag ihres Kindes ausdrückte: „Nein, so habe ich mir das nicht vorgestellt, dass ich meinem Kind auch noch meine Freizeit opfern muss. Und dass es nachts schreit...“. Völliges Entsetzen, basierend auf absoluter Unkenntnis von Kindern! Oder: Eine Hebamme im Erzgebirge muss den jungen Müttern beibringen, die Säuglinge nicht den ganzen Tag vor den Fernseher zu legen! Oder junge Eltern, die ihre Babys anschreien, weil diese schreien! Die ihren Kindern Schokolade kaufen, weil sie sich selbst Zigaretten leisten und nicht alleine süchtig sein wollen!
3. Dorothea Dieckmann („Kinder greifen zur Gewalt“, 1994) schreibt in ihrem hervorragenden Essay über kindliche Gewalt: Sie entsteht durch den **Verlust von äußerer Wirklichkeit**, die durch sinnhaftes Spielen und Probehandeln und – mit zunehmendem Alter – durch sinnstiftendes Handeln erfahren wird. Es ist dieses „Zuviel an Oberfläche und das Zuwenig an Realität“ in unserer Konsumwelt, mit Überflutungen durch Reize aller Art, durch die Medien, in denen Wahn und Virtualität Hand in Hand gehen. „Auch Medienwirklichkeiten sind Fertigteile, die das Kind außer jeder Kraft setzen; sie ermöglichen weder Fehler noch Erfolge, sie können nicht zerlegt, rekonstruiert und neu kombiniert werden. Sie verweigern die Antwort, ja, sie verbieten Fragen.“ Es ist eine Welt der Ohnmacht, der Oberfläche, ohne festen Widerstand, weil Eltern Grenzsetzungen aus Desinteresse oder Überfürsorge, sprich Wohlstandsverwahrlosung, verweigern. In dieser „Echowelt“ verdorren Kontakte und Verbindlichkeiten, „...aus Hilflosigkeit werden sie zur Gummiband. Sie verlängern damit die synchrone Ohnmachts-Allmachtserfahrung der Kinder und zwingen sie, das alte Zerstörungsspiel suchtartig weiterzuspielen.“

Dorothea Dieckmann versteht die physische Gewalt von Kindern und Jugendlichen als ein Ausbrechen aus dieser „Oberflächen- und Echowelt“, denn die Hautgrenze des anderen ist zur einzigen Schnittstelle zwischen dem Ich und dem Mitmenschen geworden. „Die äußersten Grenzen der Zivilisation sind die Körpergrenzen des anderen“.

4. Kommen wir zur berühmten **Bindungstheorie**. Sie hat wohl von allen psychologischen Prämissen die größte Voraussagekraft. Eltern, die selbst schlecht gebunden sind, können ihre eigenen Kinder nicht binden! Und schlecht gebundene Kinder werden mit einer Wahrscheinlichkeit von 70 bis 85 Prozent zu reichlich neurotischen Erwachsenen. Zudem werden Hirnregionen nachhaltig geschädigt! Bindungsgestört wachsen mittlerweile viele Kinder auf, was sich höchst negativ auf ihre psychische, soziale sowie auf die Intelligenz-Entwicklung auswirkt. Bindungslosigkeit entsteht unter anderem durch Mütter, die beim Stillen permanent Fernsehen schauen, die vor lauter eigener Hektik nur 30 Minütchen am Tag mit ihrem Kind wirklich kommunizieren, obwohl sie wegen der Kinder zu Hause geblieben oder arbeitslos sind. Bindungslosigkeit entsteht durch schwere Eheprobleme oder wenn die Mütter wegen Alkohol-, Medikamenten- oder Drogenmissbrauchs nicht wirklich präsent und ihrem Kind ein klares, stabiles, verlässliches Gegenüber sind. Denn Bindung bedeutet: Verfügbarkeit, Nähe, Anteilnahme und Trost, auch Ermutigung und viel Zuverlässigkeit. Das heißt auch zuverlässige Beziehungen zu beiden Eltern ebenso wie zu allen „geschiedenen“ Großeltern und Verwandten! Dazu gibt es nun in Hannover (Prof. Christian Pfeiffer, Kriminologisches Institut) einen Modellversuch, analog zu hervorragenden Erfahrungen aus den USA: Sozial stark benachteiligte Frauen werden bereits ab der Schwangerschaft bis zum Schuleintritt der Kinder psychosozial betreut durch Familienhebammen, Familienhelfer und Erzieher. Ihre Kinder werden in speziellen Krippen oder durch spezialisierte Tagesmütter betreut und gezielt gefördert. Mit den Folgen: Krankheiten, Kriminalität, Süchte und Armut zu vermeiden, was nach Langzeituntersuchungen offenbar gut funktioniert.
5. Eltern haben die Begabung zum **Extrapolieren** verloren. Das beobachte ich seit 20 Jahren! Selbst Aka-

demiker können oftmals nicht mehr in die Zukunft denken und berücksichtigen: Wenn ich bei meinem Kind heute nicht die Aggressionsausbrüche liebevoll, aber strikt begrenze, wird es mit 15 Jahren reichlich problematisch werden und in einer späteren Ehe wahrscheinlich scheitern!

6. Eltern erziehen ihre Kinder aktiv zu **Tyrannen und „Schlaraffenlandkindern“** mit folgenden Merkmalen: Sie bekommen meist ihren Willen; werden gerade von Müttern ständig bedient; sie stehen in jeder Minute im Mittelpunkt und reden den Erwachsenen ständig dazwischen; fast alles – auch Zerstörungen – ist ihnen erlaubt; sie bestimmen viele Lebensaspekte der Familie: Einkauf, Zeitstruktur, Ausflüge, Ferienorte, Anschaffungen vom Computer bis zum Auto; sie haben keinerlei Haushalts- und andere Pflichten. Mit den Folgen: „Maßlosigkeit, Ichbezogenheit, Launenhaftigkeit, Rücksichtslosigkeit, Selbstgefälligkeit“ (H.Wyrwa 1998, S.23). Das bedeutet auch: Ihr entwicklungsbedingtes Größenselbst der Trotzphase bleibt bestehen und wird regelrecht fixiert, meist für die nächsten Jahrzehnte!
7. **Eltern reden nicht mehr** mit ihren Kindern. Es ist dramatisch! Rund 40 Prozent aller deutschen Erstklassler haben Sprachentwicklungsstörungen. Das heißt sie werden dumm gemacht, denn Sprach- und Sprechmangel schädigen das Gehirn wie Vitamin- und Schlafmangel den Körper!

Der amerikanische Kulturkritiker Robert Bly nennt es die **Infantilisierung unserer Gesellschaft**, und er fragt: „Wie wird man erwachsen werden in einer Gesellschaft, deren Erwachsene sich immer infantiler gebärden?“ Er definiert den Erwachsenen als Menschen, der „nicht mehr unter der Herrschaft prä-ödipler Wünsche steht, die unausgesetzt nach Lust, Wohlgefühl und Unterhaltung verlangen...(der Erwachsene) ist imstande, die Gefühle und Wechselfälle seines Lebens zu einem...umfassenden Sinn zu arrondieren...“. Bly sieht in der grassierenden Vaterlosigkeit und Männerverachtung einen der Hauptgründe, dass die Heranwachsenden von frühreifen zu **lebenslangen Dauerjugendlichen** werden mit eingebautem Anspruch auf staatliche Rundum-Versorgung.

Er beschreibt die infantile Gesellschaft als eine **Geschwistersozietät**. Es gelte nicht mehr die vertikale Ausrichtung mit der Anbindung an die Herkunft, mit

dem Kontakt zu den Groß- und Urgroßeltern, mit der Kenntnis von Geschichte und Geschichten. Fehlt dies jedoch, gibt es weder Visionen noch Verantwortung für die Zukunft. Die Geschwistersozietät ist eine Gesellschaft der Peergroups und bedeutet die **Entmachtung von Vätern, wie vielfach bereits stattgefunden, aber auch von Müttern**, sie findet im Internet mit den Aspekten von Gleichzeitigkeit, Raumlosigkeit, Grenzenlosigkeit statt, sie spricht Allmachtsphantasien an und betont die Oberfläche, die horizontale Linie. Die Folgen sind eine emotionale und soziale Verflachung, Werteverluste und schmerzende Sinnleere. Die dann allzu leicht durch Ideologien, Sektenzugehörigkeit, dem Folgen von dubiosen bis gefährlichen Anführern und Aggressivität aufzufüllen versucht wird.

In einer Geschwistersozietät **verschärfen sich zudem Neid, Konkurrenz sowie Machtkämpfe**. Auch verhalten sich diese Erziehungs-Waisen gnadenlos zu Schwächeren, weil sie die „heftige Wut der ohne elterliche Zuwendung aufgewachsenen Kinder“ und den Neid auf alles und jedes ein Leben lang mit sich herumtragen. „Die kindliche Gesellschaft prämiert einen Dauerzustand des Halb-Erwachsenseins, in dem Repression, Disziplin und das indoeuropäisch-islamisch-jüdische Triebkontrollsystem untergraben wird. Die Alten werden weggeworfen ebenso wie die Jungen...“. Seine Forderung: Die Erwachsenen dürften nicht weiter ihre Kinder „aus dem Fenster werfen“, wie es im Ersten und Zweiten Weltkrieg, danach in Kambodscha, Vietnam, Somalia, Jugoslawien und im Irak sowie täglich in allen Großstädten der Welt geschieht, wenn die Jüngeren auf den Schlachtfeldern oder im Dschungel der Großstädte geopfert werden („Die kindliche Gesellschaft. Über die Weigerung, erwachsen zu werden“, 1997).

Wie man es wendet und dreht, wenn man Eltern betrachtet: Vieles verweist auf eine narzisstische Störung, weit verbreitet und immer mehr um sich greifend.

Es ist eine Störung der Selbstliebe, in frühesten Kindheit entstanden. In krassen Fällen durch frühen Elterntod, Vernachlässigung, Gewalt oder Milieuschäden hervorgerufen. Doch auch – die neuere Variante seit den 60er Jahren und der völlig falsch verstandenen antiautoritären Erziehung – durch Verwöhnung. Verwöhne ich ein Kind unpädagogisch, verwöhne ich in erster Linie mich selbst: Wenn ich nicht auf dem Aufräumen, Tisch-

decken, Waschbeckenputzen bestehe, sondern es (schlechtgelaunt) rasch selbst mache, wenn ich nicht regelmäßige Zubettgehzeiten durchsetze, sondern mich bequengelassen lasse (jeden Abend 30 Minuten Nervung, das sind 182 Stunden im Jahr, ziemlich viel Energieverschwendung!), schone ich in erster Linie mich selbst!

Eine narzisstische Persönlichkeit spürt nur vage die tiefe Wunde des Nicht-geliebt-Seins und kompensiert diese durch die Suche nach Grandiosität und Echo. Andere Menschen müssen ideal sein (wie in der ersten Verliebtheitsphase), doch bröckelt dies naturgemäß bei näherem Kennenlernen, bedeutet es für sie eine ungeheure Kränkung. Und jede kleinste Kränkung wird als tiefste Verlassenheit empfunden. Der Narzisst ist nicht gut verwurzelt in der Welt, in seinem Sein, kann sich wenig in sich selbst einfühlen, weswegen er dem Schein, Fit und Fun huldigen muss. Er lebt eine Fassade. Er hat wenig Empfinden für differenzierte Gefühle, bei ihm geht es um alles oder nichts, schwarz oder weiß, oftmals in hysterischer Ausformung.

In Liebesbeziehungen wird es dann rasch kritisch: Narzissten teilen ungeheuer heftig aus, schlagen nicht selten wild um sich, aber können nicht die kleinste Kritik vertragen und verhalten sich oftmals wie Kinder im Trotzalter. Sie wollen haben, haben, haben: Aufmerksamkeit, im Mittelpunkt stehen, Konsum oder Suchtmittel. Sie neigen zu übermäßiger Angst und narzisstischer, völlig unproportionierter Wut, auch fordern sie vom Partner, dass dieser (als sei er/sie die ideale Mutter) ihnen alle Wünsche von den Augen abliest, bevor sie selbst diese Wünsche bei sich erspüren konnten. So dass der Partner immer das Gefühl hat, „alles falsch“ zu machen und ewig in der Falle zu sitzen.

Seit den 60er Jahren kam also zu der „klassischen“ verstärkte narzisstische Störung durch Verwöhnung zustande. In Westdeutschland ziemlich flächendeckend. Außerdem die „Medienverwahrlosung“. Und nun ist diese Generation selbst zu Eltern geworden. Und sie erwarten voller Freude ein Baby, schwelgen in Grandiositätsträumen. Doch ist es da, entpuppt es sich nur zeitweilig als wunderbar und niedlich, als grandiose und idealisierte Verlängerung des eigenen, brüchigen Selbsts. Denn oft schreit es und lässt sich nur schwer beruhigen, es spuckt manchmal oder stört die Nachtruhe, es ist „*wilde Natur*“ und braucht Einfühlung. Doch

Narzissten, die auch ständig kontrollieren müssen, zweifeln an der „*wilden Natur*“, an den Eigenheiten, die sie nicht dominieren können, stehen plötzlich nicht mehr kindlich selbst im Mittelpunkt, sondern sollen *dem Kind eine Mitte geben*. Sie können es nicht, zweifeln an sich, was sie wiederum als tiefe Kränkung empfinden, und stürzen ab.

Da bei vielen Eltern ihr Selbst-Wert so brüchig ist, wird jede Eigenheit des Kindes (Krankheit, Spucken, Weinen usw.) und später jeder Schritt in die Autonomie als persönliche Kränkung aufgefasst. Oft entsteht an diesem Schnittpunkt orale Wut bei den Eltern. Generell lässt sich sagen: die orale noch völlig sprachlose Wut des Kindes besitzt die „Despotie des, ich will überleben, mein Körper will leben und sich mit Nahrung füllen“ (Olivier, S. 33). In jedem Babyleben ist es ein extremes Kämpfen gegen die Todesangst, wenn die Eltern nur minutenweise abwesend sind oder die Grundbedürfnisse nicht gestillt wurden. – Gute Eltern kommen dann sofort und wissen, wie sie ihre Kinder beruhigen, so dass diese Urvertrauen aufbauen können.

Doch konnte sich bei den Eltern solch ein Urvertrauen in die eigenen Fähigkeiten und in die Welt nicht bilden, wird dann später das eigene Kind von diesen narzisstisch verwundeten Eltern als „Verlängerung des eigenen Selbst“ empfunden. Das Kind soll unbewusst diese tiefe Wunde durch seine Liebe schließen. Doch kein Baby ist auf der Welt, um seine Eltern zu heilen! Und rutschen die Eltern selbst in die orale Wutphase hinab, prallen zwei unterschiedliche Lebenskämpfe mit Wucht aufeinander. Das Kind will sich auffüllen mit elterlicher Zuwendung, doch wenn gleichzeitig seine Eltern ihre eigene innere Leere mit der Zuwendung eines „lieben“ Kindes aufzufüllen versuchen, wird es brenzlich: So kann Gewalt entstehen! „Niemand ist egoistischer und untergründig gewalttätiger als eine Mutter oder ein Vater, die sich durch das Kind verwirklichen und in ihm ihre eigene misslungene oder verlorene Kindheit wiederfinden wollen. Wenn nicht alles so geschieht, wie sie es sich wünschen...entwickeln sie das Bedürfnis, das Kind zu vernichten...“ (2000, S.36), so die französische Psychoanalytikerin Christiane Olivier.

Nach der neuen Trauma-Forschung kann man die Situation noch schärfer formulieren: Wenn das eigene Baby unbändig schreit, die Eltern selbst sich dabei hilflos und ohnmächtig fühlen, weil sie ihr Kind nicht so-



fort beruhigen können, wird das Kind selbst zum „Trigger“, d.h. zum auslösenden Reiz für die Erinnerung an die eigene Kindheit und an die damaligen Gefühle von Hilflosigkeit und Ausgeliefertsein.. Die Eltern fallen dann automatisch in diesen „alten Film“ zurück und reagieren so wie damals als Kleinkinder: Voller Wut und tiefster Verzweiflung. Schlimmstenfalls schlagen sie ihr Kind – völlig „außer sich“. Dieser „Trigger“ ist so stark, er überflutet ihre rechte Gehirnhälfte dermaßen, dass sie nicht in der Vernunft, in der pädagogischen Überlegenheit bleiben können, sondern um sich schlagen „müssen“ wie sie es damals als noch nicht zivilisiertes Kind taten.

Die zweite Wutphase nach der oralen ist die anale. Da geht es um Macht und Durchsetzung, die berühmte Trotzphase. Sie gelingt, wenn Eltern Grenzen ziehen, ohne sadistisch zu sein, und sich Respekt verschaffen, damit das Kind aufschauen und sich geborgen fühlen kann. Das Kind muss gehorchen lernen, ohne sein Eigenes zu verlieren oder sich devot und verängstigt zu unterwerfen! Nur so entwickelt es innere Strukturen, inneren Halt, Festigkeit und Werte. – Gelingt diese Phase nicht, fällt nicht nur der 16jährige Skinhead, sondern auch der Erwachsene in Krisen immer wieder auf diese Stufe zurück. Tut er dies, wenn später sein eigenes Kind in der oralen oder analen Wutphase ist, wird es hoch problematisch und oftmals indirekt oder direkt gewalttätig. So dass diese Problematik wiederum an die nächste Generation weitergegeben wird!

Die narzisstische Problematik auf der einen Seite, die Angst vor dem Verlust (der Liebe) des Kindes auf der anderen. Für Millionen von Vätern, die zunehmend von (narzisstisch verwundeten) Frauen aus den Familien ausgeschlossen werden, ist es bereits Realität. Heute haben mehr Kinder in Deutschland ihre Väter durch Scheidungen verloren als während des 2. Weltkrieges durch den Tod. – Auch sind Ehen und Liebesbeziehungen immer weniger „sicher“, so dass die Liebe zum eigenen Kind oftmals die letzte Lebens-Konstante für die Eltern, besonders die Frauen geworden ist, da die Väter ja bereits seit Jahrzehnten mit diesem Damoklesschwert beziehungsweise dem vollzogenen Verlust des Kindes leben müssen.

Das bedeutet Angst, tiefe Angst vor der Verlassenheit. Und Narzissten haben sowieso einen erhöhten Angstpegel. Und dies beeinflusst das Erziehungsverhalten in

Richtung Nachgiebigkeit, Verwöhnung, auch heftigste Konkurrenz unter dem Weihnachtsbaum. Denn Kinder vermehren sich ja immer weniger, dafür die Erwachsenen: Sind die Eltern und nur ein Großelternpaar geschieden und neu verheiratet, muss ein kleines, einzelnes Kind nicht selten zehn liebeshungrige Erwachsene verkraften und „bedienen“, sowie deren Geschenkeflut und –wut, deren Neid und Konkurrenz untereinander! – Und dieser Liebeshunger ist natürlich kein guter Erziehungsratgeber, weil er mit Erpressung spielt und dafür anfällig ist! Denn man muss schon einen festen Charakter und bewusste Erziehungsziele im Kopf haben, um sich vom geliebten, selten gesehenen, weil „geschiedenen“ Kind oder Enkelkind nicht erpressen zu lassen: „Wenn wir an diesem Wochenende nicht zu MacDonalds gehen, komme ich nicht wieder zu Dir!“ – Wie soll da (Werte-) Erziehung stattfinden?

Kommen wir zurück zu unserer Ausgangsfrage: Warum haben Eltern solch ein schlechtes Gewissen, obwohl sich fast niemand traut, sie zu kritisieren?

Die Antwort liegt, wie wir sahen, in der narzisstischen Störung begründet: Solche Menschen „fühlen“ sich ständig kritisiert, da sie innerlich so fragil sind, dass jede abweichende Meinung oder jeder Hauch einer Kritik für sie ein Desaster bedeuten. Und dann schlagen sie um sich, reagieren völlig überzogen, stoßen den anderen gekränkt von sich. Doch in dieser Haltung hören sie auch nichts Neues, nehmen weder Hilfen noch sinnvolle Ratschläge an, sind nicht in der Lage zu reflektieren, wieso sie heute ihrem Fünfjährigen völlig überflüssigerweise das 36. Auto gekauft haben und warum sie es zuließen, dass ihre Zehnjährige sie „Blöde Kuh“ nennen durfte. Narzissten tun sich schwer, sich zu entwickeln weil sie überall nur Kränkungen wittern, die Realität deswegen verzerrt wahrnehmen, so dass sie sich selbst vom Dialog mit anderen Eltern, von Erkenntnissen, von tatkräftiger Hilfe abschneiden und innerlich vereinsamen. Ein unheilvoller Kreislauf für sie und ihre Kinder!

Narzissmus ist eine sehr frühe Störung, weswegen ihre Heilung so schwer ist. Zumal Narzissten wegen ihrer Grandiositätsphantasien meinen, keine (therapeutische) Hilfe zu benötigen, oder den Therapeuten sofort abwerten müssen, so dass sie oftmals bald eine Therapie wieder abbrechen. Doch gibt es nur den Weg sich „nachzunähren“, denn der Mangel an wirklicher Liebe machte sie ja so labil. Sich selbst nachzunähren, an-

statt die eigenen Kinder dazu zu „missbrauchen“, auch um den Bedürftigkeits-Kreislauf zu unterbrechen.

Gottseidank gibt es mehr leichte als schwere „Fälle“, so dass die Bewusstwerdung der Problematik in vielen Situationen schon helfen wird. Denn, wie es bereits in der Bibel so klug formuliert wurde: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“. Und diese Selbstakzeptanz, die nahezu das Gegenteil von Egoismus und Egozentrizität ist, muss immer wieder eingeübt werden, um zu mehr Gelassenheit, zu mehr innerer Ausgeglichenheit zu kommen. Jenseits der Scheinwelten von Eitelkeiten, Glitter und Flitter. Auch jenseits der Medienwelten, die die Grandiositätsphantasien bedienen und befördern. – „Down to earth“ wäre ein Motto. um gesunde, kreative, ruhige, konzentrierte und fröhliche Kinder aufzuziehen. Auf dass unsere Demokratien wachsen und gedeihen, jenseits von Apathie, Dumpfheit, Aggressivität und politischem Desinteresse.

Das, was Eltern tun und unterlassen, scheint tabuisiert zu werden. Welcher Lehrer würde sich trauen, den Eltern abzuverlangen, den Fernseher aus dem Kinderzimmer zu verbannen, damit die Kinder besser schlafen, besser lernen und nicht verdummen? Wo wird wirklich thematisiert, was Kinder brauchen an Basisversorgung?

Auch die Lehrer schonen die Eltern.

Wie wäre es mit **Verträgen**? Doch gleich hört man den Aufschrei: Das ist Gängelung, das ist Reglementierung, da halten sich sowieso nicht alle dran! Klar, wie im Straßenverkehr! Aber ohne Regeln funktioniert nur das Chaos. Als Beispiel: In einem Heim für schwererziehbare Jugendliche hatte vor Jahren einer von ihnen gekifft und wurde erwischt. Skandal, Aufruhr! Doch er sagte ganz cool: Es hat mir niemand gesagt, dass das Kiffen verboten ist! Es gab auch weder eine Hausordnung noch klare Regeln, gar nichts! Nur die völlig unrealistische, völlig unpädagogische Voraus-Setzung, dass die Kinder schon irgendwie wissen, was die Erwachsenen so wollen! Manche tun das, viele nicht! Jeder Kaninchenzüchter-Verein hat seine Satzung, sein Reglement, denen man beim Beitritt zustimmt! Warum nicht jede Schule?

In einer Hamburger Gesamtschule gibt es seit sieben Jahren ein **Schulethos mit 15 Punkten**, das als Vertrag jedes Jahr von allen Kindern neu unterzeichnet werden muss: Es reicht von „Die Würde jedes Menschen ist un-

antastbar“ über „Wir sprechen alle Deutsch“ und „Jeder ist dafür verantwortlich, dass er sich selbst in der Schule wohl fühlt und gut lernen kann“ bis hin zu „Wir säubern unsere Klassen und die gesamte Schule selbst“. Wunderbar! Dieses Ethos hängt überall aus und wird durch **selbst ergänzte Klassenregeln** und einen **selbst erarbeiteten Strafanon** ergänzt. Fabelhaft!

Verträge funktionieren jedoch nur, wenn alle Seiten sich zu Anstrengungen verpflichten! Auch die Eltern, auch die Lehrer! – Eltern sollten in die Pflicht genommen werden zu Gunsten ihrer Kinder! Wo sonst, wenn nicht in der Schule?

Wenn **Eltern Verpflichtungen unterschrieben**, könnte Klein-Melanie bei ihrer ersten Theateraufführung ihnen den Vertrag unter die Nase halten und darauf dringen mitzukommen! Und die Eltern würden – mit diesem sanften Druck, sie haben sich ja verpflichtet – ihre eigenen tief verwurzelten Schulängste überwinden und erfahren, dass es Freude machen kann, die eigene Tochter auf der Bühne zu bewundern! Die bildungsfernen Eltern vermeiden ja meist den Kontakt zur Schule, weil sie selbst schreckliche Erinnerungen daran haben, vielleicht sogar traumatische von langjährigen Demütigungen, Ausgrenzungen, Versagensängsten und so weiter. Doch da hilft nur die neue, die positive Erfahrung, die sie mit diesem „heilsamen“ Druck machen müssen und dürfen, in eigener Verantwortung dem Vertrag gegenüber!

Väter und Mütter sollten – in getrennten Verträgen, weil sonst die Erziehungsarbeit an die Mütter delegiert oder von ihnen dominiert wird; sowieso wichtig bei Geschiedenen, da Frauen gerne die Väter aussondern und sorgeberechtigte Väter keine Informationen von den Schulen bekommen – sich verpflichten zu folgender **„BASISVERSORGUNG“**, auf die jedes Kind ein **ANRECHT** hat und ohne die ein Kind nicht lernen **KANN!**:

- **Ausreichend Schlaf** als Lernbasis, denn ohne Schlaf braucht das Kind morgens erst gar nicht mit dem Lernen anzufangen, wie die Hirnforscher sagen!
- **Keinen TV und Computer** im Kinderzimmer! Denn sie werden dadurch zu dick, zu dumm und zu traurig.
- Ein **Vollwert-Frühstück** und **Vollwert-Pausenessen** als Lernbasis, unter anderem wegen der Diabetes-Epidemie, die auf uns alle zukommt und unsere Krankenkassensysteme ruinieren werden!

- Teilnahme an mindestens **fünf Elternabenden** pro Jahr, an Elternsprechtagen sowie an mindestens fünf Veranstaltungen der eigenen Kinder. Mit eigenen Aktivitäten bei den Schulfesten, Basaren und so weiter zur Stärkung der eigenen Kinder, des Familien- und des Gemeinschaftsgefühls, damit die Kinder stolz auf ihre Eltern sein können!
- Mütter und Väter verpflichten sich, dass sie beide im Jahr jeweils **zwölf Bücher** mit ihren Kindern gemeinsam lesen, um eine Lese- und Sprechkultur jenseits des TV zu etablieren und Gespräche in den Familie zu eröffnen. Außerdem: Selbstmanagementaufgaben vom Klassenlehrer aufgegeben sowie Fortbildungen zum „lernen Lernen“, zu Erziehungs- und Deutschkursen. Das Motto: Lebenslanges Lernen ist angesagt!

Dies sind einige Anmerkungen zum **normalverrückten Wahnsinn des Lebens**. Uns allen bewusst sind natürlich auch die Zusammenhänge zwischen elterlicher Gewalt und Jugendgewalt. Ich beziehe mich im Folgenden auf Untersuchungen des Kriminologen Prof. Christian Pfeiffer aus Hannover:

Jugendgewalt entsteht, um es nur ganz kurz anzureißen: durch Desintegration, Verunsicherung, durch soziale Ausgrenzung und ökonomische Benachteiligung und das schmerzende subjektive Gefühl, nicht in absehbarer Zeit an sozialer Teilhabe partizipieren zu können, also die „Ziel-Mittel-Diskrepanz“.

Doch als zentrales Moment bei der Entwicklung von Gewaltbereitschaft hat sich immer wieder die **Eltern-Kind-Beziehung** herausgestellt.

Denn **Kinder mit Gewalterfahrungen** befürworten sehr stark Gewalt, sind häufiger als andere Opfer von Gewalt und haben eine erhöhte Gewaltbereitschaft. Hinzu und verstärkend kommen folgende Momente: Sie sind misstrauischer und feindseliger, beeinträchtigt in ihren kognitiven, das heißt schulischen Leistungen, haben geringere Kompetenzen im Sozialverhalten und in der Regulierung ihrer Affekte, zudem leiden sie stark unter negativer Etikettierung.

Ein Drittel aller deutschen Kinder haben Züchtigungen erfahren und 17 Prozent sogar schwere.

Kinder, die **Gewalt zwischen ihren Eltern** miterleben, neigen zu 34 Prozent ebenfalls zu Gewalt. Partnergewalt geht vielfach einher mit wenig Einfühlung sowie Konstanz und Nichtvorhersagbarkeit bei der Erziehung. Und gerade diese **Inkonsistenz**, der Kontrollverlust, die Unklarheit von familiären Regeln erhöht die Wahrscheinlichkeit von Delinquenz enorm. Dass gerade türkische Jugendliche in Deutschland innerhalb ihrer Familien dreimal so viel Gewalt erfahren wie deutsche Kinder und doppelt so häufig schwere Misshandlungen, hat sich bereits herumgesprochen und erklärt auch ihr **Gewaltpotential**, so Prof. Pfeiffer.

**Wer Gewalt sät, erntet auch Gewalt.** Doch auch in der Normalbevölkerung und bei den liebenswerten Neurotikern wird so wenig erzogen, dass es einem Angst und Bange macht. Dies gilt es beherzt und offen immer wieder anzusprechen. Jedoch Maßstäbe nicht nur verbal zu fordern, sondern auch konkret die Eltern bei ihren Wünschen für die Kinder zu packen. Je konkreter, desto produktiver und konstruktiver!

Denn die Notwendigkeit der Erziehung wächst mit dem Maß unserer Freiheit und dem Zuwachs an Demokratie. Gerade diese Lebensform braucht mündige Bürger. Es geht schlicht um den **Fortbestand unserer Demokratien!**

\*

Die Autorin ist Erziehungswissenschaftlerin, Publizistin, Gestalt- und Trauma-Therapeutin in Freiburg und Dresden. Sie unterrichtet an der TU Bergakademie Freiberg sowie Lehrer und Schuldirektoren, leitet Supervisionsgruppen und schreibt Bücher über Kunst, Pädagogik und Psychologie.

Ihre letzten zwei Titel:

„Der lange Abschied. Psychische Spätfolgen für die 2.Generation deutscher Vertriebener“ (2000) sowie:

„Schuld sind immer die anderen! Die Nachwehen des Feminismus: frustrierte Frauen und schweigende Männer“ (Ellert&Richter-Verlag Hamburg, Juni 2006)

## Die Autoren dieses Heftes:

**Mag. Dr. Katharina Beclin** ist Assistenzprofessorin am Institut für Strafrecht und Kriminologie der Universität Wien; Mitarbeiterin im Bereich Kriminologie, Forschungsschwerpunkte: Jugendkriminalität, Kriminalstatistik und Genderbezüge in der Kriminologie.

**Dr. Elsayed Mohammed Elshahed** ist Professor für Islam-Studien und Leiter der Islamischen Akademie Wien. Er war Professor an der Ain-Shams Universität Kairo, der Freien Universität Berlin, der Eberhard-Karls-Universität Tübingen und der Universität des Saarlandes.

**Dipl.-Pädagogin Astrid von Friesen** ist Publizistin und Psychotherapeutin; unterrichtet an der TU Freiburg, arbeitet in Freiburg und Dresden. Publikationen (zuletzt): „Der lange Abschied. Psychische Spätfolgen für die zweite Generation deutscher Vertriebener“, „Von Aggression bis Zärtlichkeit. Das Erziehungswörterbuch“ und „Schuld sind immer die anderen! Die Nachwehen des Feminismus: frustrierte Frauen und schweigende Männer“ (Juni 2006).

**Mag. Karin Gastinger** ist Bundesministerin für Justiz.

**DDr. Erich Reiter** ist Sektionschef im Bundesministerium für Landesverteidigung, Honorarprofessor für Internationale Wirtschafts- und Sozialbeziehungen an der Karl-Franzes-Universität Graz und derzeit Präsident des ILP.

**Herbert Scheibner** ist Klubobmann des Freiheitlichen Parlamentsklubs, Obmannstellvertreter für den Außenpolitischen Ausschuss des Nationalrates; Sprecher für Verfassungs- und Außenpolitik; Bundesminister für Landesverteidigung a.D.

**Dr. Hans Winkler** ist Generalsekretär der Katholischen Aktion Kärnten, seit 1973 Redakteur der Kleinen Zeitung/Graz, seit 1980 Ressortleiter für Außenpolitik, seit 1995 Leiter der Wiener Redaktion, Stellvertreter der Chefredakteur.

**Gabriele Ziering** ist Diplomierete Sozialarbeiterin; Streetworkerin in Wien, seit 1988 Sozialarbeiterin in der Magistratsabteilung 11 (Amt für Jugend und Familie), derzeit leitende Sozialarbeiterin der Regionalstelle Soziale Arbeit mit Familien im 16. Bezirk in Wien.



## Forschen & Entdecken

Spannendes zum Thema Wissenschaft finden Sie im wien.at-Gratis-Magazin „Forschen & Entdecken“ – das Magazin für schlaue Köpfe. Bestellen: wien.at-LeserInnen-Hotline, Tel. 01/277 55 und [www.top.wien.at/abo](http://www.top.wien.at/abo)

Ausstellungen in U-Bahn-Stationen, offene Labors, Filmfestivals und ein eigenes Museum für Kinder – in Wien findet Wissenschaft schon lange nicht mehr nur im Elfenbeinturm, sondern in der gesamten Stadt statt.

# So macht Wissen Spaß

## Lebenslange „Warum-Phase“

**Warum ist der Himmel blau und die Wiese grün?** Wenn Kinder diese Frage stellen, beginnen wieder Erwachsene nach Antworten zu suchen. Damit Wissensdurst erst gar nicht verloren geht, unterstützt die Stadt Wien mit dem Programm „F&E-Public“ Projekte, die verstärkt Lust auf Technologie und Forschung machen. Wissen wird so vermittelt, dass Berührungsängste abgebaut und die Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem gestärkt werden. Umgesetzt wird das Programm vom ZIT, der Technologieagentur der Stadt Wien.



## Mit Witz und leicht verständlich

eine wissenschaftliche Grundlage haben, geht die Veranstaltungsreihe „Science in Film“ nach. Speziell für junge WienerInnen wurde das Kindermuseum ZOOM eingerichtet: 1.600 m<sup>2</sup>, um Wissenschaft und Forschung spielerisch möglichst früh auf die Spur zu kommen.

ZIT

## Welt der Forschung erkunden

Um zu verstehen, wie Wissenschaft funktioniert, muss man kein Profi sein. Projekte, die im Rahmen von „F&E-Public“ gefördert werden, bieten jedem – unabhängig von Interesse, Alter oder Vorkenntnis – die Möglichkeit, in die Welt der Zahlen, Daten und Moleküle hineinzuschnuppern. „die wahr/falsch inc.“ etwa zeigt in elf Ausstellungen entlang der U1 anhand von Bildern, Hörspielen und Diskussionsveranstaltungen, wie Wissenschaft unser tägliches Leben beeinflusst. Im „Open Lab Vienna“ wiederum kann man einen Blick hinter die Kulissen eines molekularbiologischen Forschungslabors werfen und selbst experimentieren, etwa aus Erbgut Zellen zu isolieren. Kurse gibt es sowohl für Kinder als auch für Erwachsene. Der Frage, ob filmische Horrorvisionen wie in „The Day after Tomorrow“ völlig unrealistisch sind oder

Das **ZIT Zentrum für Innovation und Technologie**, die Technologieagentur der Stadt Wien, unterstützt innovative Wiener Unternehmen jährlich mit rund 20 Mio. Euro. Neben finanziellen Zuschüssen im Rahmen von Förderprogrammen gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologieimmobilien (wie der Campus Vienna Biocenter im 3. Bezirk) zu den Aktivitäten des ZIT. **Telefon 01/960 90-86165, [www.zit.co.at](http://www.zit.co.at)**

## INFO F&E-Public-Projekte

### Wissensvermittlung der anderen Art

Sie wollen verstehen, wie Wissenschaft funktioniert? Dann sind diese Projekte ein idealer Einstieg in die Welt der Zahlen, Daten und Moleküle.

**Ausstellung:** [www.wahrfalsch.com](http://www.wahrfalsch.com)

**Science in Film:** [www.scienceinfilm.net](http://www.scienceinfilm.net)

**ZOOM:** [www.kindermuseum.at](http://www.kindermuseum.at)

**Offenes Labor:** [www.viennaopenlab.at](http://www.viennaopenlab.at)

**Ausbildung:** [www.medienhaus-wien.at](http://www.medienhaus-wien.at)



# SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE – BISHER ERSCHIENEN

HEFT 1 (1981)

**Albert Kadan:** Parteifinanzierung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland

**Erich Reiter:** Vorschläge zur Neuregelung der Parteifinanzierung in Österreich  
*(vergriffen)*

HEFT 2 (1982)

**Wilhelm Brauner:** Staatsausgaben  
*(vergriffen)*

HEFT 3 (1984)

**Erich Reiter:** Reform des Bundesrates  
*(vergriffen)*

HEFT 4 (1984)

**Eva Steindl:** Die Fremdenverkehrsgesetze der Bundesländer  
*(vergriffen)*

HEFT 5 (1985)

**Erich Reiter (Hg.):** Die friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der Vereinten Nationen. Der Beitrag der neutralen Staaten Europas  
*(vergriffen)*

HEFT 6 (1985)

**Heinz Vetschera:** Die Rüstungsbeschränkung des österreichischen Staatsvertrages aus rechtlicher, politischer und militärischer Sicht  
*(vergriffen)*

HEFT 7 (1986)

**Lothar Höbelt:** Die Bundespräsidentenwahlen in der Ersten und Zweiten Republik  
*(vergriffen)*

HEFT 8 (1986)

**Helmut Berger:** Verfahrensökonomie zum Verfahren 1. Instanz nach AVG und BAO  
*(vergriffen)*

HEFT 9 (1986)

**Anton Pelinka:** Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der SPÖ

**Manfried Welan:** Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der ÖVP

**Erich Reiter:** Fortschritts- und Wachstumsverständnis in Ideologie und Programmatik der FPÖ  
*(vergriffen)*

HEFT 10 (1987)

**Ulrike Leopold-Wildburger:** Ökonomie und Ökologie im Test der Meinungen  
*(vergriffen)*

HEFT 11 (1987)

**Heinrich Schneider:** Akzeptanzprobleme der österreichischen Landesverteidigung  
*(vergriffen)*

HEFT 12 (1988)

**Ulrike Leopold-Wildburger:** Österreich am Weg nach Europa  
Modelle – Stichproben – Methoden. Eine arbeitsökonomische Studie zum Meinungsbild der Österreicher

HEFT 13 (2006)

DIE ZUKUNFT EUROPAS

**Franco Algieri:** Zustand und Entwicklungsszenarien der EU im Lichte der Krise

**Peter Schmidt:** Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

**Herbert Scheibner:** Friedensprojekt „EUropa“ vor neuen Herausforderungen

**Erich Reiter:** Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?

HEFT 14 (2006)

**Waldemar Hummer:** Zum weiteren Schicksal des Vertrages über eine Verfassung für Europa

HEFT 15 (2006)

STEUERPOLITIK

**Ernst Gehmacher:** Im Zyklus gefangen zwischen Wachstum und Krise

**Erich E. Streissler:** Steuerpolitik und Umverteilung

**Oliver Ginthör:** Steuergerechtigkeit aus Sicht der Steuerzahler

**Herbert Scheibner:** Überlegungen zur Steuerpolitik

# DAS INTERNATIONALE INSTITUT FÜR LIBERALE POLITIK WIEN (ILP)

wurde im Herbst 2005 gegründet und bezweckt die Förderung liberaler Politik, insbesondere in den Bereichen der Wirtschaft-, Sozial- und Finanzpolitik der Internationalen Beziehungen, der Europapolitik und der Außen- und Sicherheitspolitik sowie hinsichtlich aktueller Fragen der österreichischen Politik. Das ILP versteht sich als bürgerliches Think-Thank für Österreich.

Das ILP verfolgt ein wissenschaftliches und gesellschaftspolitisches Programm, in dessen Rahmen bereits zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt wurden. Weiters geben wir die „Sozialwissenschaftlichen Schriftenreihen“ und andere Publikationen heraus.



Internationales Institut  
Liberale Politik Wien